



## **Zäsuren und (Dis-)Kontinuitäten in der österreichischen Identität**

### **Die Auswirkungen der Waldheim-Affäre auf das kollektive Gedächtnis der Zweiten Republik**

**Bernhard Märk**

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Ass. Prof.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Eva Pfanzelter Sausgruber (MA)

eingereicht im: SS 2013

Rubrik: BA-Arbeit

#### **Abstract**

#### **Caesuras and (Dis-)Continuities in Austrian Identity. The Impacts of the Waldheim-Affair on the Collective Memory of the Second Republic**

What were the most exceptional developments in Austrian identity and how did the Waldheim-Affair in particular affect the shaping of collective memory in the Second Republic? The following bachelor thesis attempts to answer these questions, giving special focus on the events during and after the period in which Kurt Waldheim's Nazi-record became known to the public. Furthermore it examines the general coherences between (print) media and the construction of collective memory by using examples of selected newspaper articles about the Waldheim-Affair to present a micro case study of the specific response profile the Austrian media applied in the light of these events.

## Einleitung

Versucht man sich als Historiker an einer intensiven Auseinandersetzung mit Themen wie Erinnerungskultur und kollektiver Identität, so wird das wohl selten ein leichtes Unterfangen werden. Im Gegenteil: Die Analyse von Zeugnissen kollektiver Erinnerung gestaltet sich nur allzu oft als besonders problematisch, denn häufig wird die Geschichte darin verformt und einer ungenauen, individuellen Erinnerung untergeordnet. So birgt im Prinzip schon das Konzept eines kollektiven Gedächtnisses stets die Gefahr einer „Verdinglichung“<sup>1</sup> des subjektiven Denkens und Erinnerens. Nur mit sehr wenigen anderen historischen Quellengattungen wird versucht, derart widersprüchliche und von der Realität weit entfernte Aussagen und Ansichten zu einem, innerhalb der jeweiligen Gemeinschaft allgemein gültigen, oder zumindest als solchen angesehenen, Kausalnexus zu vereinen. Einleitend ist grundsätzlich festzuhalten, dass der Prozess des Erwerbs und der Überlieferung des Wissens im kollektiven – oder kulturellen – Gedächtnis nicht von Neugierde geleitet wird, sondern von der Suche nach *Identität*. So ist das kulturelle Gedächtnis im Sinne einer institutionalisierten Absicherung von Kommunikation organisiert und hat durch seinen Bezug auf ein normatives Selbstbild und eine handlungsleitende Werteperspektive in der Regel auch eine gewisse Verbindlichkeit. Trotzdem bleibt es aber reflexiv, das heißt, es reflektiert das Selbstbild der Gruppe in bestimmten Bahnen historischer Selbstthematization, auch wenn darin immer eine scharfe Grenze zwischen Zugehörigem und Ausgeschlossenem gezogen wird.<sup>2</sup>

Es wird angesichts dieser Charakterisierungen deutlich, dass die intensive Auseinandersetzung mit kollektiver Erinnerungskultur, kulturellem Gedächtnis sowie deren Zeugnissen für HistorikerInnen nicht nur mühsam, sondern – unter gewissen forschungsbedingten Voraus- und Zielsetzungen – auch sehr lohnenswert sein kann. Wenn man sich nun mit der Erinnerungskultur und Geschichtspolitik der Zweiten Republik im Speziellen auseinandersetzt, fällt auf, dass die meisten – wenn nicht alle – nationalen und internationalen Diskurse weit am eigentlichen inhaltlichen Kern der Debatte, nämlich an einer nachhaltigen Aufarbeitung der eigenen Geschichte und einer Erklärung der Mitverantwortung dafür, vorbeigingen bzw. die politischen AkteurInnen daran überhaupt nicht interessiert waren und sind.<sup>3</sup> Diese Widersprüchlichkeit führte, neben anderen Faktoren wie z.B. dem übereilig durchgeführten und nicht langfristig durchdachten Prozess der Entnazifizierung<sup>4</sup>, dazu, dass sich die in Österreich praktizierte Form der Erinnerungskultur in den ersten 40 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg im Wesentlichen durch

---

<sup>1</sup> Meinrad Ziegler, *Gedächtnis und Geschichte*, in: *Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit*, hrsg. v. Helmut Konrad (Böhlau Zeitgeschichtliche Bibliothek 25), Wien-Köln-Weimar 1993, S. 27–85, hier S. 44.

<sup>2</sup> Ebd., S. 42.

<sup>3</sup> Siehe: *Neuere Diskurse über Geschichtspolitik und das kollektive Gedächtnis in Österreich*.

<sup>4</sup> Tony Judt, *The Past Is Another Country. Myth and Memory in Postwar Europe*, in: *Daedalus* 121 (Herbst 1992), Nr. 4, S. 83–118, hier S. 88.

Vergessen und Verleugnung kennzeichnen sollte, was eine politische Kultur der Unbewusstheit zu Tage förderte, in der die „Nichtverantwortlichkeit“ zu einem prägenden Element wurde.<sup>5</sup>

Jedoch wird die Geschichte kollektiver Erinnerung und kultureller Identifikation nicht nur durch diese – in Österreich äußerst evidente – Form kollektiven Vergessens geprägt, sie ist auch unweigerlich immer eine Geschichte von Manipulation, Instrumentalisierung und Machtausübung bzw. -erhaltung und so ist es von besonderer Signifikanz sie als HistorikerIn auch als solche wahrzunehmen.

Als zuverlässigstes Mittel für die Propagierung bzw. Etablierung einer kulturellen Identität sind, nicht erst seit der Nachkriegszeit, die Medien anzusehen. Jedoch gilt auch bei der wissenschaftlichen Auswertung von medial vermittelten Geschichtsdarstellungen Vorsicht. Diese sind nämlich nicht nur an den jeweils vorherrschenden Interpretationsrahmen einer Kultur gebunden, sondern ebenso an die institutionellen Vorgaben der jeweiligen Redaktionen bzw. Verlagshäuser und diese wiederum können – und dürfen – ihrerseits nicht unabhängig von den, in der jeweiligen Gesellschaft kursierenden Standards politischer Kultur betrachtet werden.<sup>6</sup>

Die folgende Arbeit soll versuchen diese typisch österreichische Form der kollektiven Erinnerung zu analysieren sowie die konkreten Auswirkungen ihrer unterschiedlichen Brüche und Wandlungen auf das Österreichbewusstsein darzustellen. Dazu gilt es zunächst grundlegende Definitionen zu den wichtigsten Termini zu klären sowie die herausragenden Zäsuren in der Entwicklung der österreichischen Identität hervorzuheben, was nicht zuletzt auch als wichtiges kognitives Fundament für das Verständnis der folgenden Ausführungen sowie der abschließenden Thesen dienen soll. Nach der Einführung in die österreichische Identitätsgeschichte und die theoretischen Konzepte kollektiver Erinnerung sollen zwei der wichtigsten identitätsstiftenden Faktoren in Österreich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Jahr 1945 exemplarisch hervorgehoben und ausführlicher behandelt werden: Die Erklärung der sogenannten „Opferthese“ und die Unterzeichnung des Staatsvertrages im Jahr 1955. Dabei wird versucht die Ursachen dieser Ereignisse im Kontext der österreichischen Erinnerungskultur in der Nachkriegszeit zu erläutern sowie einen Zusammenhang zwischen den politischen Prozessen und deren Effekten auf das kollektive Gedächtnis der Bevölkerung

---

<sup>5</sup> Karin Liebhart, Politisches Gedächtnis und Erinnerungskultur – Die Bundesrepublik Deutschland und Österreich im Vergleich, in: Verschiedene europäische Wege im Vergleich. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart, hrsg. v. Michael Gehler/Ingrid Böhler, Innsbruck 2007, S. 468–490, hier S. 477.

<sup>6</sup> Vräath Öhner, Fernsehen – Geschichte – Gedächtnis. Zur Transformation dokumentarischer Inszenierungsweisen der Historie, in: Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung. Studien zur „Gedächtnisgeschichte“ der Zweiten Republik, hrsg. v. Christian Gerbel/Manfred Lechner/Dagmar C. G. Lorenz/Oliver Marchart/Vräath Öhner/Ines Steiner/Andrea Strutz, Heidemarie Uhl (Kultur.Wissenschaften 9), Wien 2005, S. 131–157, hier S. 131.

herzustellen. Dann wird der Fokus auf die Medien als Plattform von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur gelenkt. So soll am Beispiel der Waldheim-Affäre versucht werden die Rolle der Medien bei der (De-)Konstruktion nationaler Mythen genauer unter die Lupe zu nehmen. Diese Analyse führt, von einer allgemeinen Darstellung der Zusammenhänge zwischen Medien und kollektiver Erinnerung, über eine knappe Zusammenfassung der wesentlichen politischen und medialen Ereignisse im Kontext der Causa-Waldheim, bis hin zu einer genaueren Auswertung ausgewählter Pressereaktionen auf den Skandal. Dieser spezifische Teil der Arbeit ist vor allem hinsichtlich des Verständnisses folgender Forschungsfragen und Thesen von besonderer Bedeutung.

Doch was waren die wichtigsten Zäsuren im kollektiven österreichischen Gedächtnis nach Ende des Zweiten Weltkriegs? Welche Rolle spielen Medien tatsächlich bei der Verbreitung und Etablierung nationaler Mythen und inwieweit kann das nationale Bewusstsein bzw. das kollektive Gedächtnis einer Gesellschaft durch mediale Berichterstattung überhaupt geformt werden? Wie veränderte im Speziellen die *Profil*-Berichterstattung über die Waldheim-Affäre das kollektive Gedächtnis in Österreich?

Neben der – durch die Unterzeichnung des Staatsvertrages im Jahr 1955 erfolgten – Staatsgründung, die schon mit Beginn der Zweiten Republik eine Neudefinition des Österreichbegriffs und des Österreichischen Selbstverständnisses mit sich brachte, sollte vor allem auch der, durch die Enthüllungen im Zuge der Waldheim-Affäre bzw. die daran anschließenden Debatte ausgelöste, Bruch mit der Opfertheorie eine eklatante Zäsur in der österreichischen Erinnerungskultur zur Folge haben. Diese komplette Kehrtwende, von der durch und durch etablierten „Opferthese“ hin zur sogenannten „Mitverantwortungsthese“, kann grundsätzlich als dramatischster Einschnitt im kollektiven Gedächtnis der Zweiten Republik gesehen werden.

Die Rolle der Medien bei der Vermittlung historischen (Un-)Wissens ist grundsätzlich nicht zu bestreiten und gewinnt vor allem im späten 20. sowie im 21. Jahrhundert, mit Beginn des Medienzeitalters, noch zusätzlich an Bedeutung. Es ist jedoch unerlässlich sich bei der Untersuchung dieser Bedeutung bzw. der konkreten Zielsetzungen und Auswirkungen medialer Berichterstattung stets vor Augen zu halten, dass Medien grundsätzlich auch immer an einen vorgegeben, politisch oder gesellschaftlich etablierten, kulturellen Interpretationsrahmen gebunden sind. Angesichts der wechselseitigen Beeinflussung von Medien, Gesellschaft und Politik sollte die Rolle der Medien beim Formen eines kollektiven Gedächtnisses in demokratischen Gesellschaften grundsätzlich nicht überbewertet werden,<sup>7</sup> jedoch kann vor allem eine langzeitige und intensive manipulative Berichterstattung sehr wohl zu gewissen – erwünschten oder unerwünschten – Veränderungen in der Erinnerungskultur einer Gemeinschaft führen.

---

<sup>7</sup> Ziegler, *Gedächtnis und Geschichte*, S. 45 f.

Die unmittelbaren Auswirkungen der *Profil*-Berichterstattung über die Waldheim-Affäre auf das kollektive Gedächtnis in Österreich waren enorm, zeigten sich zunächst jedoch vorrangig in Form einer Solidarisierung der Bevölkerung mit der Person Kurt Waldheim sowie der von ihm dargestellten Version der Geschichte. Erst die nachhaltige Mediendebatte, die einem nachvollziehbaren journalistischen Reaktionsschema folgte und auf nationaler wie internationaler Ebene stattfand, führte nach und nach zu einer Neuordnung der kollektiven Erinnerung und selbst dieser Prozess sollte sich bis zu einem offiziellen Bekenntnis zur „Mitverantwortungsthese“ noch mehrere Jahre hinziehen. Als Aufdecker des Skandals und somit Urheber der – längst überfälligen – öffentlichen Debatte um Österreichs Mitverantwortung am Nationalsozialismus ist die Rolle von *Profil* jedoch ohne Zweifel nicht hoch genug einzuschätzen.

Den Forschungsstand bzw. das Angebot an zur Verfügung stehender, wissenschaftlicher Fachliteratur kann man ohne Weiteres als umfangreich bezeichnen und so standen dem Autor für die Recherchen zu dieser Arbeit, neben den schon im Literatur- und Quellenverzeichnis angegebenen Titeln noch unzählige weitere Publikationen zur Verfügung. Vor allem im Jubiläumsjahr 2005 erlebte das Thema kollektives Gedächtnis und Erinnerungskultur in Österreich einen regelrechten Boom, was sich nicht zuletzt auch an zahlreichen, teils äußerst umfangreichen Veröffentlichungen in diesem Zeitraum zeigt. Besonders hervorzuheben sind zwei Sammelbände, die maßgeblich zu dieser Forschungsarbeit beigetragen haben: „Die Lebendigkeit der Geschichte. (Dis-)Kontinuitäten in Diskursen über den Nationalsozialismus“, herausgegeben von Eleonore Lappin und Bernhard Schneider sowie „rebranding images“. Ein streitbares Lesebuch zu Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in Österreich“, herausgegeben von Martin Wassermair und Katharina Wegan.

Neben diesen wissenschaftlichen Quellen wurden jedoch auch noch sämtliche *Profil*-Ausgaben des Zeitraums März/April 1986 sowie 85 Zeitungsartikel der *Tiroler Tageszeitung* und der *Presse* aus eben diesem Zeitraum in den Archiven der Universitätsbibliothek Innsbruck gesichtet und in die Forschungsarbeit miteinbezogen. Gerade dieser Überschuss an journalistischem Quellenmaterial machte es jedoch auch notwendig, die anhand von Presseartikeln erarbeitete Fallstudie zur Waldheim-Debatte – nicht zuletzt auf Grund des zur Verfügung stehenden Umfangs – stark einzugrenzen, wodurch der Fokus vor allem auf jenen Ausgaben liegt, die unmittelbar nach signifikanten Aufdeckungen und Kontroversen in der Debatte um die Causa Waldheim erschienen sind. Doch gerade diese, nach Durchsicht aller vorliegenden Artikel erfolgte, inhaltliche Eingrenzung sollte schließlich zu der Erkenntnis führen, dass die Affäre in mehreren aufeinanderfolgenden, in ihrer Intensität unterschiedlichen Wellen über die Medienlandschaft schwappte und dass sich anhand dieser Beobachtung ein recht eindeutiges, durch alle für diese Arbeit behandelten Medien ziehendes, Reaktionsschema skizzieren lässt.

## Entstehung und Wandlungen des Österreichbegriffs und der österreichischen Identität

Unter der österreichischen Identität bzw. dem „Österreichbewusstsein“ wird ein kollektives Bewusstsein verstanden, das die ÖsterreicherInnen als Wir-Gruppe begreift. Dieses Wir-Bewusstsein erscheint in der historischen Konkretion in mehrfacher Hinsicht als wandlungsfähig, sowohl im Hinblick auf unterschiedliche gesellschaftliche Positionen seiner TrägerInnen (aber auch seiner KritikerInnen), im Hinblick auf regionale Ausformungen, in der Stärke (oder Schwäche) seines Ausdrucks und im Hinblick auf das symbolische Inventar dieses kollektiven Bewusstseins. Dabei wird jene Art von Wir-Bewusstsein, welche die relativ größte Gruppe bezeichnet, der ein Mensch angehört, allgemein „Nationalbewusstsein“ genannt.<sup>8</sup>

Jedoch ist es für Österreich – nicht nur für die ÖsterreicherInnen selbst – nicht einfach, mit dem Wort „Österreich“ einen Begriff zu verbinden bzw. mit diesem Begriff auch sachlich umzugehen. Die Ursachen hierfür liegen nicht zuletzt in seiner verwickelten geschichtlichen Entstehung sowie in der daraus resultierenden Tendenz der meinungsbildenden gesellschaftlichen Gruppierungen vergangener Geschichtsepochen, den Begriff „Österreich“ mit einer Aura des Mystischen zu umhüllen. Das Phänomen der Grenzenlosigkeit und Verschwommenheit des Österreichbegriffs, das sich schon in der ersten Nennung des mittelhochdeutschen „Ostarrichi“ im Jahr 996 als nicht näher umschriebener „Landstrich in der Mark“<sup>9</sup> manifestieren sollte, zieht sich durch seine Geschichte, wie durch die Geschichte des geographischen Gebiets selbst. So diente er neben der Benennung für die Gegend des heutigen Nieder- und Oberösterreichs schon alsbald „als Name einer Familie, die an ihre Herkunft nicht mehr erinnert werden wollte, zur Bezeichnung des Sammelsuriums von Ländern und Herrschaften ebendieser Familie, zur Benennung eines Reiches, als umgangssprachliche Kurzbezeichnung für einen Teil dieses Reiches, in dessen staatsrechtlicher Benennung er nicht vorkam, als Name für den verbleibenden Rest nach der Aufteilung dieses Reiches und als Symbol für etwas Immaterielles, das über all dem schwebte“.<sup>10</sup>

Einer der radikalsten und weitreichendsten Brüche in der langen Geschichte sich ändernder Österreichvorstellungen erfolgte mit dem Ende des Ersten Weltkriegs im Herbst des Jahres 1918 durch den Zusammenbruch des Habsburgerreiches. Dieser plötzliche Übergang von der Monarchie zur Republik, vom Großreich zum – vielfach als

---

<sup>8</sup> Ernst Bruckmüller, Die Entwicklung des Österreichbewusstseins, [<http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/bruckmueller.pdf>], eingesehen 26.05.2013, S. 1.

<sup>9</sup> Anton Szanya, Über die Schwierigkeit, zu sagen, was Österreich ist, in: Österreich auf dem Weg zur 3. Republik. Zwischen „Deutschnationalismus“ und „Habsburger-Mythos“, hrsg. v. Österreichische Assoziation Kritischer GeographInnen (ÖAKG)/Volkshochschule Rudolfsheim-Fünfhaus – Bildungszentrum Aktiv/Grüne Bildungswerkstatt (Kritische Geographie 9), Wien 1992, S. 19–27, hier S. 19.

<sup>10</sup> Ebd., S. 19.

aufgezwungen oder provisorisch angesehenen – Kleinstaat brachte, neben den einschneidenden territorialen Veränderungen und Einengungen, vor allem auch ein neues, grundlegendes Element des österreichischen Selbstverständnisses mit sich: Die Loslösung des Österreichbegriffs von monarchischen bzw. – noch älter – landesfürstlichen Traditionen.<sup>11</sup> Dies sollte zunächst eine „Entösterreichung“ des deutsch-österreichischen Bewusstseins nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie zur Folge haben. Die darauffolgende deutsche Orientierung der demokratischen Phase der Ersten Republik erscheint vor allem durch den Schock über den Zerfall der Monarchie erklärbar, durch den der „österreichische“ Bestandteil dieses Bewusstseins schwerstens diskreditiert wurde und zu dessen Bewältigung mehr und mehr eine Flucht aus dem „Österreichischen“ hinein ins „Deutschtum“ und in das trotz Versailles immer noch mächtige Deutsche Reich erfolgen sollte. So wurde in der Zeit der Ersten Republik z.B. schon versucht, den vorderhand nicht realisierbaren „Anschluss“ durch die Angleichung von Rechtsmaterien und Begriffen sowie die Hervorhebung von deutscher Literatur und deutscher Geschichte im Unterricht und an den Universitäten mental vorzubereiten.<sup>12</sup>

Ähnlich verstörend und verwirrend wie die Folgen des Ersten Weltkriegs sollten sich jedoch auch die Erschütterungen, Umbrüche und Umwälzungen durch die großdeutsche Fremdherrschaft und den Zweiten Weltkrieg auf das Österreichbewusstsein auswirken. Auch wenn sich dieser Zustand zunächst durch die Umtriebbarkeit des Wiederaufbaus und des beginnenden Wirtschaftsaufschwungs überdecken ließen, je geregelter das Leben wieder wurde und je mehr die Sorgen um das tägliche Überleben in der Nachkriegszeit abnahmen, umso mehr stellten sich erneut die Fragen nach dem eigentlichen Wesen des „Österreichischen“: Welche Traditionen sollten gepflegt und welche verworfen werden? Wo sollten die Schulen anknüpfen, um den heranwachsenden österreichischen Staatsbürgern eine nationale Identität zu vermitteln? Wie sollten die politischen Kräfte und Parteien die Vergangenheit deuten, um die Bevölkerung für eine neue Zukunft zu gewinnen? Vielen Fragen sollten wenige – und unsichere – Antworten gegenüberstehen.<sup>13</sup>

Vor allem die Antwort auf die Frage, wie die Vergangenheit von der Politik zu deuten sei, ist im Kontext dieser Arbeit von besonderem Interesse. Denn es war nicht zuletzt die befremdliche Deutung der unmittelbaren Vergangenheit, die nach dem Zweiten Weltkrieg zur Etablierung Österreichs als Opfer und damit zu einer nachhaltigen, verhängnisvollen Verklärung des österreichischen Selbstbewusstseins führen sollte. Dieser Gründungsmythos der Zweiten Republik kann folglich gewissermaßen als eine Art

---

<sup>11</sup> Gerald Stourzh, Erschütterung und Konsolidierung des Österreichbewusstseins. Vom Zusammenbruch der Monarchie zur Zweiten Republik, in: Was heißt Österreich?. Inhalt und Umfang des Österreichbegriffs vom 10. Jahrhundert bis heute, hrsg. v. Richard G. Plaschka/Gerald Stourzh/ Jan Paul Niederkorn (Archiv für Österreichische Geschichte 136), Wien <sup>2</sup>1996, S. 289–311, hier S. 289.

<sup>12</sup> Bruckmüller, Die Entwicklung des Österreichbewusstseins, S. 2.

<sup>13</sup> Szanya, Über die Schwierigkeit, zu sagen, was Österreich ist, S. 23 f.

„Lebenslüge“ angesehen werden, die es Österreich vorübergehend ermöglichte, sich aus der Geschichte hinauszustehlen sowie die österreichische Mitverantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus zu leugnen.<sup>14</sup>

Auch die Unterzeichnung des Staatsvertrages bedeutete für viele ÖsterreicherInnen mehr als nur die Erlangung der Souveränität<sup>15</sup> und kann folglich auch als ein identitätsstiftender Aspekt des Österreichbewusstseins gewertet werden. Der Staatsvertrag stellt sogar noch im 21. Jahrhundert eine durchaus tragende Säule des österreichischen Selbstverständnisses und der praktizierten Erinnerungspolitik dar. So gab es z.B. im österreichischen „Gedenkjahr“ 2005 zahlreiche Veranstaltungen, Ausstellungen, Fernsehdokumentationen und Publikationen, die ihn in den Fokus der Öffentlichkeit rückten.<sup>16</sup> Jedoch muss in diesem Zusammenhang auch auf die massive, geschichtspolitische Instrumentalisierung dieser Gedenkveranstaltungen durch die damalige Regierung hingewiesen werden. So ist festzustellen, dass der Staat, der gleichzeitig den eigenen Staatsvertrag und den Sieg über den Nationalsozialismus feierte, aus diskursiven Gründen dazu neigt, vor allem nur den Staatsvertrag und somit sich selbst zu feiern.<sup>17</sup>

### **Das kollektive Gedächtnis – Definition und Formen**

Mit jedem historischen Ereignis werden in einer individualisierten Gesellschaft vielfältige Erinnerungen und Erfahrungen verbunden. TäterInnen und Opfer, UnterdrückerInnen und Unterdrückte, Leidtragende und Davongekommene, alle stehen nebeneinander und erinnern Geschichte nicht nur auf ihre ganz persönliche Weise, sondern wollen sie vielfach öffentlich auf ihre Weise gedeutet sehen, wollen darin ihre ganz persönlichen Erfahrungen wiedererkennen. Dies führt dazu, dass sich das Erlebte im Laufe der Zeit – durch den Vorgang des Erzählens – verändert und Geschichte in gewisser Weise den Charakter eines Märchens annehmen kann. So runden gesellschaftliche Diskurse über das Erlebte etwa die Geschichte ab und münden nicht selten in einem Lobpreis des eigenen Heldentums.<sup>18</sup> In der kollektiven, politischen Geschichte geben etwa nationale Mythen und Heldenepen gute Beispiele für eine solche glorifizierte

---

<sup>14</sup> Heidemarie Uhl, Das „erste Opfer“. Das österreichische Gedächtnis und seine Transformationen in der Zweiten Republik, in: Die Lebendigkeit der Geschichte. (Dis-)Kontinuitäten in Diskursen über den Nationalsozialismus, hrsg.v. Eleonore Lappin/Bernhard Schneider (Österreichische und Internationale Literaturprozesse 13), St. Ingbert 2001, S. 30–46, hier S. 30.

<sup>15</sup> Tina Leisch, Öberdösis ÖÖÖ, in: rebranding images. Ein streitbares Lesebuch zu Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in Österreich, hrsg.v. Martin Wassermair/Katharina Wegan, Innsbruck 2006, S. 27–30 hier S. 27.

<sup>16</sup> Rolf Steininger, Der Staatsvertrag. Österreich im Schatten von deutscher Frage und Kaltem Krieg 1938–1955, Innsbruck 2005, S. 7.

<sup>17</sup> Ljubomir Bratic, Diskursive Interventionen. Zum Kampf um eine adäquate antinationale Positionierung, in: rebranding images. Ein streitbares Lesebuch zu Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in Österreich, hrsg.v. Martin Wassermair/Katharina Wegan, Innsbruck 2006, S. 21–26, hier S. 25.

<sup>18</sup> Peter Steinbach, Geschichte im politischen Kampf. Wie historische Argumente die öffentliche Meinung Manipulieren, Bonn 2012, S. 48.

Vergangenheit – die möglicher Weise nie stattgefunden hat – ab. Doch selbst unabhängig von der Frage, ob bestimmte Ereignisse nun stattgefunden haben, oder nicht, sind die Erinnerungen an sie – also das spezifische Licht, in das sie getaucht werden und welches sie (re-)konstruiert – immer Ergebnisse von Konstruktionen. Aus diesem Grund wird Erinnerung nicht als etwas statisch Gegebenes angesehen, sondern als aktive Handlung, eine Tätigkeit. Diese ist immer schon Erinnern-an, nämlich Erinnern-an-Etwas. Dieses „Etwas“ ist das historische Ereignis, das in seiner platten Faktizität nicht zugänglich ist und für uns überhaupt erst durch die Erinnerungsleistung – das heißt seine Konstruktion – erinnerbar gemacht werden kann.<sup>19</sup>

Die Vergangenheit einer gegebenen Gesellschaft kann als in sich heterogene, aber dennoch hegemoniale – wenn auch nicht unherausgeforderte – Gesamtheit all dieser Diskurse definiert werden, mit der sich die Gemeinschaft auf ihrer Zeitachse selbst beschreibt und als Identität wiedererkennt bzw. konstruiert. Ausgehend von dieser Definition von Vergangenheit kann die Tätigkeit des kollektiven Erinnerns als eine Konstruktionsleistung – sprich als Konstruktion der Identität von Gemeinschaft entlang ihrer diskursiven Zeitachse – festgelegt werden. Daraus ergibt sich schließlich auch eine Konzeption des kollektiven Gedächtnisses, welche eben diesen Konstrukt-Charakter von kollektiver Identität in Rechnung stellt. Demnach kann das kollektive Gedächtnis als das sich abgelagerte Kollektiv hegemonialer – und damit allgemein weitgehend abrufbarer – Vergangenheitsdiskurse definiert werden, deren kontingenter Ursprung aus einem politischen Konstruktionsakt zwar vergessen wurde, jedoch jederzeit wieder reaktivierbar ist.<sup>20</sup>

Die Bedeutung dieses kollektiven Gedächtnisses für die individuelle Erinnerung wirft – gerade in Österreich – jedoch auch Fragen nach der gesellschaftlichen Erinnerungspraxis an die Zeit des Nationalsozialismus auf. Zur Beantwortung dieser Fragen gewinnt vor allem die Analyse der praktizierten Formen überindividueller, sozialer und institutionalisierter Erinnerungen wie z.B. die in dieser Arbeit noch ausführlicher behandelte Berichterstattung der Printmedien an Signifikanz.<sup>21</sup>

Auf Grund von Ignoranz und vor allem bewusster Rücksichtnahme auf den Kreis der TäterInnen, der wieder möglichst vollständig und friktionsfrei in die Gesellschaft integriert werden sollte, wurde versucht, das „verwirrte“ Gedächtnis der österreichischen Gesellschaft nach Ende des Zweiten Weltkrieges zu manipulieren und durch die Opferthese neu zu ordnen. Diese Ausrichtung der österreichischen Erinnerungspolitik hatte

<sup>19</sup> Oliver Marchart, Das historisch-politische Gedächtnis. Für eine politische Theorie kollektiver Erinnerung, in: Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung. Studien zur „Gedächtnisgeschichte“ der Zweiten Republik, hrsg. v. Christian Gerbel/Manfred Lechner/Dagmar C. G. Lorenz/Oliver Marchart/Vrääth Öhner/Ines Steiner/Andrea Strutz, Heidemarie Uhl (Kultur.Wissenschaften 9), Wien 2005, S. 21–49, hier S. 27.

<sup>20</sup> Marchart, Das historisch-politische Gedächtnis, S. 23 f.

<sup>21</sup> Ziegler, Gedächtnis und Geschichte, S. 43.

mehrere unmittelbare Auswirkungen: Zum einen wurde über Nacht das System des Austrofaschismus rehabilitiert, zum anderen wurden komfortable Rechtfertigungsstrategien für alle, die im NS-Staat keine allzu hohen Positionen innehatten, bereitgestellt. Am schwerwiegendsten erscheint jedoch die Tatsache, dass durch den Opfermythos die Trennlinien zwischen Verfolgten, TäterInnen und MitläuferInnen schließlich bis zur Unkenntlichkeit verwischt wurden. Diese zweifelhaften, politischen Weichenstellungen zeigten sich z.B. in unzähligen Schulbüchern, wo bis in die 1990er Jahre ein sehr eigenartiges Bild der Geschichte gezeichnet wurde, wodurch die Argumentationsgrundlage von Generationen durch eine diffuse Bewertung der NS-Zeit geprägt wurde.<sup>22</sup>

Diese verdrehende und verdrängende Form der österreichischen Erinnerungskultur sollte schließlich angesichts der Waldheim-Affäre im Jahr 1986 bzw. der dadurch ausgelösten, internationalen Mediendebatte Schiffbruch erleiden. Somit erfolgte der tatsächliche Durchbruch in der Etablierung einer neuen Erinnerungspolitik erst in der sogenannten dritten Generation, was neben den Enthüllungen in der Causa Waldheim noch auf zwei weitere Punkte zurückzuführen ist: Zum einen verloren die GegnerInnen einer offenen Diskussion der Vergangenheit zunehmend an Einfluss und zum anderen mündeten Auseinandersetzungen mit den Abgründen der österreichischen Gesellschaft nun nicht mehr notwendiger Weise in einen direkten Familienkonflikt, sondern eher in einen Konflikt mit der Großelterngeneration.<sup>23</sup> Dies alles hatte zur Folge, dass die Opfertheorie nicht mehr länger aufrechterhalten werden konnte und sich immer mehr die Erkenntnis einer Mitverantwortung der ÖsterreicherInnen für den Nationalsozialismus und dessen Verbrechen durchsetzte. Der offizielle Durchbruch in der Diskussion um die österreichische Schuldfrage sollte schlussendlich im Juni 1991 durch die im Nationalrat von Bundeskanzler Franz Vranitzky im Namen der Regierung abgegebene Erklärung über eine Mittäterschaft der österreichischen Bevölkerung erfolgen.<sup>24</sup>

Doch trotz – oder gerade wegen – all diesen problematischen Faktoren und Paradigmenwechseln in den Entstehungsprozessen kollektiver Erinnerung sollte das kollektive Gedächtnis bei der historischen Untersuchung gewisser politischer und gesellschaftlicher Forschungsbereiche auf keinen Fall außer Acht gelassen werden. Denn der Blick auf die spezifische Form der kollektiven Erinnerung hat gegenüber der bloßen Rezeption des dazu bereits vorhandenen historischen Wissens auch wesentliche Vorteile. So ist es z.B.

---

<sup>22</sup> Josef Teichmann, *Das Meer der Geschichten*, in: *Jenseits des Schlußstrichs. Gedenkdienst im Diskurs über Österreichs nationalsozialistische Vergangenheit*, hrsg. v. Martin Horváth/Anton Legerer/Judith Pfeifer/Stephan Roth, Wien 2002, S. 75–81, hier S. 76.

<sup>23</sup> Teichmann, *Das Meer der Geschichten*, S. 80 f.

<sup>24</sup> Wolfgang Neugebauer, *Zur Problematik der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Österreich*, in: *Die Lebendigkeit der Geschichte. (Dis-)Kontinuitäten in Diskursen über den Nationalsozialismus*, hrsg.v. Eleonore Lappin/Bernhard Schneider (*Österreichische und Internationale Literaturprozesse* 13), St. Ingbert 2001, S. 105–118, hier S. 113 f.

möglich, darin einen stärkeren Bezug auf das kollektive Selbstbild einer Gesellschaft zu finden, als dies beim historischen Wissen der Fall ist.<sup>25</sup>

### **Von der Opferthese zum Staatsvertrag – Österreich erfindet sich (neu)**

„Österreich war das erste freie Land, das der Naziaggression zum Opfer fiel. 1938 wurden die Österreicher [sic] von den Nazis ihres Rechts auf Selbstregierung, so wie es in der Atlantik-Charta formuliert wurde und von den Vereinten Nationen bestätigt worden ist, beraubt.“<sup>26</sup>

Mit der Verkündung der Moskauer Deklaration am 1. November 1943 legten die Außenminister der alliierten Mächte den Grundstein in der Manifestierung eines verhängnisvollen historischen Irrtums, durch den das kollektive Gedächtnis einer ganzen Generation von ÖsterreicherInnen geprägt werden sollte. Tatsächlich wurde sie nur eineinhalb Jahre später, im April 1945, zu einer Art Gründungsurkunde der Zweiten Republik was wiederum die offizielle Geburtsstunde des österreichischen Opfermythos markiert.<sup>27</sup> Der Wunsch nach einer stabilen europäischen Nachkriegsordnung, ein Etappenziel, das vor allem von den Westalliierten forciert wurde, führte schließlich dazu, dass die Bemühungen der österreichischen Politik um den Staatsvertrag nach 1945 mehr und mehr mit dem „Freiheitskampf“ von 1938–1945 assimiliert wurden. So wurden sie nachträglich als eben jener Beitrag zur eigenen Befreiung interpretiert, der schon in der Moskauer Deklaration über Österreich eingefordert worden war. Dies hatte zur Folge, dass die positiv dargestellte Gegenwart, in der die Gesellschaft das Streben der Politik nach staatlicher Souveränität und Unabhängigkeit tatkräftig unterstützt, auf die österreichische Vergangenheit im Nationalsozialismus projiziert wurde. So sollte es Österreich auch gelingen auf dem Weg des Vergessens in die verhältnismäßig bequeme Rolle des Opfers zu schlüpfen, das sich Kraft eigenen Willens erfolgreich eine neue, friedfertige Zukunft aufbaute und einen von den Weltmächten anerkannten Platz in der Staatengemeinschaft einnehmen konnte.<sup>28</sup> Eine Rolle, die sich mit der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages am 15. Mai 1955 nur noch fester in das kollektive Gedächtnis der ÖsterreicherInnen einbrannte und die erst Jahrzehnte später ernsthaft öffentlich hinterfragt werden sollte.

Tatsächlich wurde die Berufung auf den völkerrechtlich begründeten Opferstatus zur zentralen Strategie in den Verhandlungen um den Staatsvertrag, wobei vor allem betont wurde, dass es keine Mitverantwortung für die Verbrechen des NS-Regimes geben könne, da es in diesem Zeitraum keinen österreichischen Staat geschweige denn eine

<sup>25</sup> Ziegler, Gedächtnis und Geschichte, S. 44.

<sup>26</sup> Ursprünglich geplante Formulierung der Moskauer Deklaration, in: Steininger, Der Staatsvertrag, S. 41.

<sup>27</sup> Ebd., S. 21.

<sup>28</sup> Katharina Wegan, Das Bildgedächtnis des Staatsvertrags. Die Langlebigkeit eines historischen Moments, in: rebranding images. Ein streitbares Lesebuch zu Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in Österreich, hrsg.v. Martin Wassermair/Katharina Wegan, Innsbruck 2006, S. 61–68, hier S. 61 f.

österreichische Regierung gegeben habe. So wurde etwa auch in der Frage der Kriegsteilnahme der Standpunkt vertreten, dass die ÖsterreicherInnen, ebenso wie die Bewohner anderer besetzter Gebiete, dazu gezwungen worden seien, in der verhassten deutschen Kriegsmaschine zu dienen. Obwohl aber mit dem Abschluss des Staatsvertrages im Jahr 1955 diese „geschichtliche Fiktion“ ihre pragmatische Rechtfertigung verloren hatte, beruhte die nationale österreichische Selbstdarstellung weiterhin auf diesem Opfermythos wodurch auch das positive Image Österreichs im Ausland bis zur Waldheim-Affäre im Jahr 1986 – fälschlicher Weise – geprägt werden sollte.<sup>29</sup>

### **Das „erste Opfer“ der Hitlerschen Aggression**

Der Grundgedanke der Moskauer Erklärung lag jedoch weniger darin Österreich von seiner Schuld freizusprechen, auch wenn das von vielen österreichischen PolitikernInnen der Nachkriegszeit so rezipiert und propagiert werden sollte. Tatsächlich ging es – vor allem den anglo-amerikanischen – alliierten Außenministern um eine zukunftsfähige Nachkriegsordnung für ein unabhängiges und von Deutschland getrenntes Österreich. Ein solches wurde damals jedoch in jedem Falle als schwach und somit als ein potentieller Gefahrenherd gesehen, der nur durch nachhaltige politische und wirtschaftliche Unterstützung der Vereinten Nationen davon abgehalten werden könne wieder in den Schoß Deutschlands zurückzukehren.<sup>30</sup>

Die ursprüngliche Absicht der Briten beim Verfassen der Moskauer Deklaration war sogar die Erklärung Österreichs als erstes Opfer des Nationalsozialismus als Instrument der psychologischen Kriegsführung einzusetzen. Der Gedanke war, dass die ÖsterreicherInnen dadurch zum Wider- bzw. Aufstand gegen das NS-Regime bewegt werden können, doch diese Erwartungen sollten sich nicht erfüllen. Trotzdem spielte Österreich bzw. dessen Überlebensfähigkeit eine wichtige Rolle für die nach dem Krieg von den alliierten Mächten forcierten Repressalien gegen Deutschland, was nicht zuletzt auch ein Grund für die entgegenkommende Haltung der Alliierten in Sachen Schuld- und Reparationsfragen war.<sup>31</sup> Es war also vor allem diese – schon vor Kriegsende festgelegte – bevorzugte Behandlung gegenüber Deutschland in Sachen Schuld, die eine breite gesellschaftliche Etablierung des Opfermythos in Österreich erst ermöglichen sollte.

Auch wenn in einer anderen Fassung der Moskauer Deklaration, in einer sogenannten „Mitschuld Klausel“, sehr wohl auf eine Mitverantwortung Österreichs für den geleisteten Kriegsdienst an der Seite Hitlerdeutschlands hingewiesen wurde, wurde dem schon im April des Jahres 1945 von der, von Vertretern der Sozialistischen Partei (SPÖ), der Volkspartei (ÖVP) und der Kommunistischen Partei (KPÖ) gebildeten, provisorischen Regierung entgegnet, dass das von der nationalsozialistischen Reichsregierung Adolf

---

<sup>29</sup> Uhl, Das „erste Opfer“, S. 35.

<sup>30</sup> Steininger, Der Staatsvertrag, S. 39.

<sup>31</sup> Ebd., S. 44 f.

Hitlers macht- und willenlos gemachte österreichische Volk in Wahrheit in einen sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg verwickelt worden sei, den kein Österreicher je gewollt habe.<sup>32</sup>

Die Opfertheorie, welche ausgehend von der Unabhängigkeitserklärung im Jahr 1945 bis in die 1980er Jahre das Selbstverständnis der Zweiten Republik prägte und jegliche politische Symbolik sowie die Darstellungen der NS-Zeit in allen Bereichen des öffentlichen Lebens durchdringen sollte, kann demnach wie folgt zusammengefasst werden: Österreich wurde im März des Jahres 1938 gewaltsam besetzt und im April bzw. Mai 1945 vom österreichischen Widerstand und den Alliierten befreit. Die Jahre 1938–1945 wurden als Fremdherrschaft dargestellt und, was den österreichischen Anteil anging, unter dem Aspekt von Widerstand und Verfolgung, vor allem aber als Kampf um die Befreiung Österreichs betrachtet.<sup>33</sup> Somit fällt die Opferthese auch in den Bereich eines spezifisch österreichischen Geschichtsbildes des Nationalsozialismus. Ein individuelles Vertreten dieser These stellt grundsätzlich einen Abwehrmechanismus dar, soweit es der Schmälerei einer individuell empfundenen Belastung dient, die durch schuldhaftige Verstrickung der eigenen Person oder des österreichischen Kollektivs verursacht wurde.

Jedoch muss das Vertreten der Opferthese nicht zwingend Abwehr enthalten: Selbst wenn ein großer Teil der damaligen ÖsterreicherInnen den Einmarsch deutscher Truppen im März 1938 begrüßte, begann damit auch die Verfolgung einiger anderer Gruppen der österreichischen Bevölkerung. Je nach Zugehörigkeit bzw. Identifikation mit einer dieser Gruppen ist eine Selbstwahrnehmung als Opfer des Nationalsozialismus durchaus haltbar, womit die Opferthese nicht pauschal als Abwehr interpretiert werden kann. Eben diese Unterschiede in den möglichen Lesarten der Opferthese dürften auch maßgeblich für die Entwicklung eines derart ambivalenten Verhältnisses vieler ÖsterreicherInnen zu ihrem Status als Opfer gewesen sein.<sup>34</sup>

### **Der Staatsvertrag 1955 – Neutralität als neues Identifikationsobjekt**

Die politische Debatte um eine Wiedereingliederung Österreichs in die internationale Gemeinschaft in den Jahren nach dem Krieg war in Europa zunächst vor allem von der Angst vor einer erneuten Stärkung Deutschlands sowie einem abermaligen Anschluss Österreichs geprägt. Aber auch eventuell mögliche Anbiederungen der beiden besiegten

---

<sup>32</sup> Heidemarie Uhl, Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthese. NS-Herrschaft, Krieg und Holocaust im „österreichischen Gedächtnis“, in: Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung. Studien zur „Gedächtnisgeschichte“ der Zweiten Republik (Kultur.Wissenschaften 9), hrsg. v. Christian Gerbel/Manfred Lechner/Dagmar C. G. Lorenz/Oliver Marchart/Vrääth Öhner/Ines Steiner/Andrea Strutz, Heidemarie Uhl Wien 2005, S. 50–85, hier S. 50 f.

<sup>33</sup> Uhl, Das „erste Opfer“, S. 33.

<sup>34</sup> Karsten Stephan, Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg. Zum Zusammenhang von kollektiver Identität und kollektiver Erinnerung (Nomos Universitätschriften Geschichte 15), Baden-Baden 2006, S. 177.

Staaten an die – mehr und mehr als zukünftiger Aggressor betrachtete – Sowjetunion wurden von den Westalliierten mit großer Sorge beobachtet. Als der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Molotov – angesichts des Ringens um die Pariser Verträge – bei seiner Rede vor dem Obersten Sowjet am 8. Februar 1955 drei Bedingungen für die Zustimmung Moskaus zu einem Vertrag über eine mögliche Österreich-Lösung formulierte, wollte man im Westen zunächst nicht glauben, dass es die Sowjets diesmal tatsächlich ernst meinten. Molotov forderte angemessene Maßnahmen der Vier Mächte im Zusammenhang mit der deutschen Frage, eine Verpflichtung Österreichs zur Bündnisfreiheit und Nichtzulassung fremder Militärbasen auf seinem Territorium sowie die Einberufung einer Vier-Mächte-Konferenz, auf der sowohl die deutsche Frage als auch die Frage des Staatsvertrags mit Österreich geprüft werden sollte. Doch in Österreich reagierten die führenden Politiker, wie Bundeskanzler Julius Raab und Vizekanzler Adolf Schärf, darauf zunächst enttäuscht und bedauerten, dass der Staatsvertrag mit der deutschen Frage verknüpft und damit erneut die sogenannte „Anschlussgefahr“ betont wurde.<sup>35</sup> Dennoch sollte, trotz aller Zweifel der westalliierten Mächte, in weiterer Folge vor allem die Sowjetunion als Wegbereiter eines neutralen, unabhängigen Österreichs agieren und so kam es vom 11. bis zum 14. April 1955 in Moskau zur Einigung und damit zum Durchbruch der Verhandlungen für einen österreichischen Staatsvertrag zwischen dem Kreml und einer österreichischen Delegation bestehend aus Bundeskanzler Raab, Außenminister Leopold Figl, Vizekanzler Schärf sowie Staatssekretär Bruno Kreisky. Dabei stellte sich heraus, dass die Sowjetunion primär die Neutralität Österreichs als eigentliche Garantie gegen die Anschlussgefahr, und auch gegen die Einbindung Österreichs in die NATO, betrachtete.<sup>36</sup>

Am Sonntag den 15. Mai 1955 unterzeichneten schließlich die Außenminister der Vier Mächte Antoine Pinay (Frankreich), Harold Macmillan (Großbritannien), Wjatscheslaw Molotov (Sowjetunion), John Foster Dulles (USA) und Österreichs Außenminister Leopold Figl im Marmorsaal des Wiener Schlosses Belvedere den österreichischen Staatsvertrag, welcher dem Land zehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die staatliche Souveränität und Unabhängigkeit zurückgab. Nur wenige Minuten später sprach Figl die berühmten Worte: „[...] Österreich ist frei!“<sup>37</sup>

Diese „Stunde Eins“ der Zweiten Republik, wie die Unterzeichnung des Staatsvertrags anlässlich des 15. Jahrestags genannt wurde, überstrahlte die „Stunde Null“ von 1945 sowie die vorangegangenen zwei Jahrzehnte so deutlich, dass sie in der Folge auch eine nationale Identitätsgrundlage Österreichs bilden sollte. Nachdem sich die Gesellschaft nach dem Krieg zehn Jahre lang mehr oder weniger ausschließlich mit dem Wiederaufbau und dem zu dieser Zeit vielbeschworenen „Fleiß“ der ÖsterreicherInnen identifizieren

---

<sup>35</sup> Steiniger, Der Staatsvertrag, S. 128.

<sup>36</sup> Ebd., S. 139.

<sup>37</sup> Ebd., S. 142 f.

konnte, sollte ab dem Jahr 1955 vor allem auch die Neutralität sowie die diplomatische Vermittlung zwischen Ost und West das kulturelle Selbstverständnis der österreichischen Bevölkerung dominieren.<sup>38</sup>

Tatsächlich kam der Terminus „Neutralität“ im Staatsvertrag jedoch gar nicht vor: In allen Artikeln des Dokuments ist entweder von der „Souveränität“ oder „Unabhängigkeit“ Österreichs die Rede. Der Zusammenhang zwischen Staatsvertrag und Neutralität war somit kein rechtlicher, sondern – mit besonderem Augenmerk auf die Politik Moskaus – vielmehr ein historisch-politischer. Doch schon unmittelbar nach der Genehmigung des Staatsvertrages durch den Nationalrat wurde von diesem am 7. Juni eine Resolution beschlossen, in der Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität erklärte und die Bundesregierung dazu aufgefordert wurde, dem Nationalrat den Entwurf eines die Neutralität regelnden Verfassungsgesetzes vorzulegen. Nach Inkrafttreten des Staatsvertrages am 27. Juli 1955 und dem Rückzug der letzten alliierten Streitkräfte aus Österreich am 25. Oktober 1955 beschloss der Nationalrat am 26. Oktober 1955 schließlich das Gesetz über die Neutralität Österreichs, wobei Bundeskanzler Raab in seiner Rede dazu ihren militärischen Charakter betonte und unterstrich, dass es sich dabei um keine ideologische Neutralität handle und diese nur den Staat, nicht aber den einzelnen Staatsbürger verpflichte.<sup>39</sup>

Die Erklärung zur Neutralität war also eine freiwillige und erfolgte auch deshalb erst nach Abschluss des Staatsvertrages durch das freie Österreich. Doch neben Figl betonte auch der damalige ÖVP Klubobmann, Alfred Maleta, dass es sich bei der österreichischen Neutralität um eine Neutralität im Sinne des Völkerrechtes, auf keinen Fall aber um Neutralismus handle und auch die SPÖ, in Person des Linzer Bürgermeisters Ernst Koref, lehnte jede ideologische Umorientierung in diesem Zusammenhang ab, wobei Koref zumindest die weltanschauliche Bindung an den Westen versicherte.<sup>40</sup>

Damit bildete die Neutralität schon bald ein neues Element im österreichischen Selbstverständnis, wobei die Zweite Republik ganz offensichtlich versuchte dem Vorbild der Schweiz nachzueifern. In der Zeit eines eindeutigen Bekenntnisses zur Unabhängigkeit schien es vor allem die Neutralität zu sein, die diese am ehesten nach allen Seiten wahren konnte.<sup>41</sup>

Doch auch diese neuen Elemente der nationalen Identität sollten Österreichs Selbstverständnis schon mit dem Ende des Kalten Krieges im Jahr 1989 vor neue Probleme stellen: Das Ende der bipolaren politischen und militärischen Trennung Europas bedeutete für Österreich, das bis zu diesem Zeitpunkt aus der „Sonderrolle“ eines

---

<sup>38</sup> Wegan, Das Bildgedächtnis des Staatsvertrags, S. 61.

<sup>39</sup> Steininger, Der Staatsvertrag, S. 148 ff.

<sup>40</sup> Ziegler, Gedächtnis und Geschichte, S. 63 f.

<sup>41</sup> Erich Zöllner, Der Österreichbegriff. Formen und Wandlungen in der Geschichte (Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde), Wien 1988, S. 85.

neutralen Staates an der Grenze zweier Blöcke einen wichtigen Aspekt seiner nationalen Identität – als Ort politischer Begegnungen und Vermittler zwischen Ost und West – bezog, eine Krise des nationalen Selbstbildes und sollte abermals die Suche nach einer neuen Rolle innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft zur Folge haben.<sup>42</sup>

### **(De-)Konstruktion nationaler Mythen in den Medien am Beispiel der Waldheim-Affäre**

Über die Selbstdarstellung der österreichischen Gesellschaft in der unmittelbaren Nachkriegszeit sowie auch in den späteren Jahren der Zweiten Republik, nämlich die, das erste Opfer Nazi-Deutschlands gewesen zu sein, bestand in der österreichischen Öffentlichkeit jahrzehntelang fast uneingeschränkte Einigkeit. Erst im Zuge der, durch die Waldheim-Affäre losgetretenen, Debatte gegen Ende der 1980er Jahre sollte dieser Mythos ernsthaft in Frage gestellt werden und erst dann war auch erstmals von ÖsterreicherInnen als TäterInnen die Rede.<sup>43</sup>

Während in der Bundesrepublik Deutschland schon 1961 mit der Verhaftung und Verurteilung Adolf Eichmanns ein Schlüsselereignis für die Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit und der Anstoß für die öffentlich viel beachtete, strafrechtliche Verfolgung von SS-Verbrechern vor bundesdeutschen Gerichten registriert werden konnte, sollte ein vergleichbarer Prozess in Österreich noch länger auf sich warten lassen. Tatsächlich führten ähnliche Verfahren wie jenes gegen Eichmann in Österreich noch zur gleichen Zeit – oft unter Verhöhnung der Belastungszeugen – zu skandalösen Freisprüchen.<sup>44</sup> Selbst als das österreichische Nachrichtenmagazin *Profil* in seiner Ausgabe vom 3. März 1986 zum ersten Mal über Waldheims SA-Vergangenheit berichtete und eine Kopie seiner Wehrstammkarte veröffentlichte<sup>45</sup> waren die ersten Reaktionen darauf alles andere als zurückhaltend. Au contraire: Für die Mehrheit der ÖsterreicherInnen warf die Widersprüchlichkeit der Opfertheorie keinerlei moralische Probleme auf, sondern erwies sich im Gegenteil sogar als äußerst identifikationsfähig. So reichten die öffentlichen Reaktionen von großem Erstaunen bis hin zu heftiger Empörung darüber, dass diese moralische Prinzipienlosigkeit von der internationalen Öffentlichkeit bei einem Staatsoberhaupt nicht akzeptiert wurde.<sup>46</sup> Schnell wurde aus der Frage nach der Wahrheit über Waldheims Vergangenheit die Frage von wem – und vor allem warum – hier versucht wurde Waldheim zu schaden. Dies wurde größtenteils durch die

---

<sup>42</sup> Liebhart, Politisches Gedächtnis und Erinnerungskultur, S. 468.

<sup>43</sup> Claudia Kuretsidis-Haider, Verdrängte Schuld – vergessene Ahndung. NS-Prozesse in Österreich, in: Die Lebendigkeit der Geschichte. (Dis-)Kontinuitäten in Diskursen über den Nationalsozialismus (Österreichische und Internationale Literaturprozesse 13), hrsg.v. Eleonore Lappin/Bernhard Schneider, St. Ingbert 2001, S. 91–104, hier S. 91.

<sup>44</sup> Uhl, Das „erste Opfer“, S. 36.

<sup>45</sup> Hubertus Czernin, Waldheim und die SA, in: *Profil* 10 (1986), S. 16–20.

<sup>46</sup> Ziegler, Gedächtnis und Geschichte, S. 37.

wachsende Wahrnehmung in der Gesellschaft, dass es sich bei der Waldheim-Affäre vor allem um eine, von außenstehenden Kräften herbeigeführte, Affäre zu handeln schien, ermöglicht. Anstatt sich den schwierigen Fragen über Verstrickungen und Verhüllung, nicht nur in der Causa Waldheim, sondern auch über die tatsächlichen Rolle der Kriegsvergangenheit des Landes, zu stellen, begannen die ÖsterreicherInnen zunehmend die Angelegenheit als eine irrelevante Kontroverse darzustellen, die schon längst wieder aus dem internationalen Fokus verschwunden wäre, wenn es nicht ein paar „Medienweise, Holocaust-besessene, amerikanische Juden“ darauf abgesehen hätten.<sup>47</sup>

Es kam also zunächst zu einer Solidarisierung der Bevölkerung, keineswegs waren es nur die Waldheim-Anhänger, gegen diese ausländischen Angriffe. Als Folge dessen sollte, allen voran der Jüdische Weltkongress, dessen Vertreter in einem – auch in Profil veröffentlichten<sup>48</sup> – Interview in erstaunlich provokativer Manier alle ÖsterreicherInnen vor einer Wahl Waldheims zum Bundespräsidenten warnten, zur Zielscheibe nicht unbedenklicher, teils antisemitischer Hetztiraden werden. Dabei diente auch das, schon einst von den Nazis und Rechts- und Linksextremisten gepflegte, Gespenst einer „Verschwörung des Weltjudentums“ bzw. des „internationalen Zionismus“ als Argumentationsgrundlage.<sup>49</sup>

Erst in den Jahren nach 1986 sollte auch in Österreich ein Prozess in Gang kommen, der diesen traditionellen Konsens über die Fixpunkte des kollektiven Gedächtnisses in Bezug auf die Vergangenheit im Nationalsozialismus in Frage stellte. So wurden seit der Diskussion rund um die Waldheim-Affäre erstmals ernsthafte Anstrengungen unternommen, bestimmte Anhaltspunkte, vor allem die Externalisierung des Nationalsozialismus aus der eigenen Geschichte sowie die Leugnung der österreichischen Verstrickungen in die Verbrechen des Regimes, neu zu interpretieren. Seither ist auch die Überzeugung in der österreichischen Gesellschaft gewachsen, selbst wenn sie sich gegenwärtig noch immer nicht überall verankert haben möge, dass es auch für Österreich eine Frage der moralischen Autorität und der politischen Kultur ist, mit den langjährigen Versäumnissen bei seiner Geschichtserinnerung an den Nationalsozialismus zu brechen.<sup>50</sup>

Welche Rolle spielten aber die Medien, die durch ihre Berichterstattung die Affäre rund um Waldheims NS-Vergangenheit und damit die öffentliche Diskussion über die Haltbarkeit der Opferthese – in Österreich und über seine Grenzen hinaus – ins Rollen brachten, bei der Dekonstruktion des österreichischen Opfermythos? Und wie veränderte die Profil-Berichterstattung im Speziellen das kollektive Gedächtnis in Österreich?

---

<sup>47</sup> Robert Edwin Herzstein, Waldheim. The Missing Years, London 1988, S. 251.

<sup>48</sup> Peter Sichrovsky, „Soll ein ehemaliger Nazi und Lügner Vertreter Österreichs sein?“, Interview mit Israel Singer und Elan Steinberg, in: *Profil* 13 (1986), S. 24–26.

<sup>49</sup> Paul Lendvai, Mein Österreich. 50 Jahre hinter den Kulissen der Macht, Salzburg 2007, S. 210.

<sup>50</sup> Ziegler, Gedächtnis und Geschichte, S. 72.

### **Medien als Plattform von Geschichtspolitik**

Die Bedeutung der Medien für die Vermittlung historischer Kenntnis ist grundsätzlich nicht zu bestreiten, jedoch ist fraglich, ob sie auch wirklich geeignet sind historische Urteilskraft zu stärken bzw. hervorzubringen.<sup>51</sup> So sollten beispielsweise Zeitungen und Zeitschriften grundsätzlich nicht als unmittelbares Instrument der Meinungsbildung betrachtet werden, womit es auch verfehlt wäre die dort vorzufindende „offizielle“ Version der Erinnerung als determinierenden Faktor für die individuelle Erinnerung anzusehen. Vielmehr ist hinsichtlich der Frage nach kausalen Verknüpfungen von einem komplexen Verhältnis zwischen primären und sekundären Prozessen der Meinungsbildung auszugehen. Dabei unterliegt die Wahrnehmung von medialen Inhalten – wie jede Wahrnehmung – bestimmten Gesichtspunkten der Auswahl, die sich im tätigen Subjekt schon vorneweg und auf der Grundlage einer umfassenden sozialen Praxis herausgebildet haben. Demnach produzieren Zeitungen für die LeserInnen schon eher ein mehr praktisch als reflexiv erworbenes Wissen, in dessen Bahnen der gesellschaftliche Diskurs darüber verläuft, woran öffentlich erinnert werden darf und worüber man besser nicht spricht. Die Analyse von Zeitungsberichterstattung kann also deshalb von Interesse sein, weil sie den RezipientInnen einen prinzipiellen Zugang zur gesellschaftlichen Erinnerungspraxis an die NS-Vergangenheit ermöglicht.<sup>52</sup>

Im Laufe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden die Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit immer intensiver in die Medien verlagert, womit sich auch der Politik eine neue Möglichkeit bot, Politik, Öffentlichkeit und Geschichte miteinander zu verbinden. Immer öfter versuchten sich Politiker bei Ausstellungseröffnungen oder auf Historikertagen als Interpreten der Vergangenheit.<sup>53</sup> Diese Politisierung, sowie die damit einhergehenden Verzerrungen der medialen Debattenlandschaft, ist bei der Analyse derartiger Quellen aus der jüngeren Mediengeschichte unbedingt zu berücksichtigen.

Doch auch die Chancen, die sich durch medial vermittelte Geschichtsdarstellungen bieten, dürfen nicht außer Acht gelassen werden. So rufen sie zum Beispiel HistorikerInnen auf den Plan, entzünden neue Debatten und lenken den Blick auf vergangene Ereignisse. Jahrestage werden inszeniert, nicht mehr, wie noch in den 1980er Jahren, durch Mittel, die die öffentliche Hand für Tagungen und großangelegte Forschungsprogramme zur Verfügung stellte, sondern durch Feierlichkeiten, Gedenkstunden und Gedenkreden, die in anschließenden öffentlichen Diskursen ihre Wirkung mit Diskussionsrunden und Feuilletondebatten entfalten und zudem oft noch von seriösen Fernsehdokumentationen und Spielfilmen flankiert werden. Denn die Geschichte gilt schon lange nicht mehr als die Lehrmeisterin des Lebens, sondern scheint die Menschen viel mehr durch ihre Fehlentwicklungen herauszufordern. Ein differenzierter Blick in die

---

<sup>51</sup> Steinbach, *Geschichte im politischen Kampf*, S. 114.

<sup>52</sup> Ziegler, *Gedächtnis und Geschichte*, S. 45 f.

<sup>53</sup> Steinbach, *Geschichte im politischen Kampf*, S. 117.

Feuilletons von heute zeigt, dass die Beschäftigung mit der Vergangenheit nicht zuletzt auch ästhetische Bedürfnisse befriedigen soll. Dies würde zum Beispiel auch den Erfolg historischer Filme erklären, nicht nur den solcher Monumentalstreifen wie „Ben Hur“ oder „Cleopatra“, sondern auch jüngerer zeitgeschichtlicher Produktionen die nicht selten etablierte Wahrnehmungen umgestalten oder Tendenzen aufnehmen, die geltende Geschichtsbilder verändern.<sup>54</sup>

Dies soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass gegenwärtig nach wie vor – von der Politik schamlos instrumentalisierte – Medien zu bestimmen versuchen, was das österreichische Selbstverständnis ausmacht und womit sich moderne ÖsterreicherInnen idealer Weise identifizieren sollten. Die österreichische Publizistin Barbara Coudenhove-Kalergi beschrieb einst in einem, in der Tageszeitung *Die Presse* erschienenen, Kommentar zum Österreich-Jahr 2005 ein sehr klar definiertes Bild, wie Österreich im 21. Jahrhundert in den Medien dargestellt wird bzw. werden soll: Berge, Musik, Skifahren, Kaiserin Sissi und Hermann Maier, Mozart und Figl, Fremdenverkehr und Bio-Lebensmittel. Es ist eben dieses Bild einer „Heimatidylle in pittoresken Farben“ an dem der ORF, die Kronen Zeitung und die ÖVP jahrelang gemeinsam gemalt haben. Dieses Bild das jeder mittlerweile kennt und an dem heute kaum noch einer zweifelt. So wie wir Österreich täglich in den Medien serviert bekommen, so ist es.<sup>55</sup>

### **Die Waldheim-Affäre**

Wie bereits ausgeführt wurde, handelt es sich bei der sogenannten Waldheim-Affäre um einen der größten Skandale der Zweiten Republik, dessen nationales wie internationales Medienecho eine drastische Zäsur in der Debatte um Österreichs NS-Vergangenheit zur Folge hatte, welche schließlich auch das österreichische kollektive Gedächtnis gravierend und nachhaltig ändern sollte.

Als das österreichische Nachrichtenmagazin *Profil* am 3. März 1986 eine diabolisch anmutende Karikatur des ehemaligen Generalsekretärs der Vereinten Nationen und ÖVP-Präsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim mit der Schlagzeile „Waldheim und die SA“ auf seinem Titelblatt veröffentlichte dürfte wohl nur den allerwenigsten bewusst gewesen sein, was da in weiterer Folge auf Österreich zukommen sollte.<sup>56</sup> Es ist jedoch bis heute nicht gänzlich geklärt, wer die sogenannte „NS-Karte“ tatsächlich und wo – Wien oder New York – ausgespielte. Kaum war der Wahlkampf zur Präsidentschaftswahl im Juni 1986 eröffnet, wurde den Medien und dem Jüdischen Weltkongress in New York die Wehrstammkarte Waldheims, mit Eintragungen über seine Mitgliedschaft im NS-

<sup>54</sup> Steinbach, *Geschichte im politischen Kampf*, S. 118 f.

<sup>55</sup> Martin Wassermair, *Heimat. Wirkung und Nebenwirkungen in Medien und Politik*, in: *rebranding images. Ein streitbares Lesebuch zu Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in Österreich*, hrsg.v. Martin Wassermair/Katharina Wegan, Innsbruck 2006, S. 131–137, hier S. 133 f.

<sup>56</sup> *Profil* 10 (1986).

Studentenbund sowie in einer SA-Reiter-Standarte, zugespielt. Die Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten und fielen heftig aus. Während noch Tage zuvor Wahlplakate mit seinem Konterfei vor dem Hauptgebäude der Vereinten Nationen in New York stolz verkündeten: „Der Mann, dem die Welt vertraut“, sollte Waldheim, der ja als UN-Generalsekretär in der Tat während der letzten zehn Jahre das Weltgewissen symbolisiert hatte, und mit ihm eben auch Österreich auf einmal weltweit – direkt oder indirekt – mit NS-Kriegsverbrechen in Verbindung gebracht werden.<sup>57</sup> So wurden in der Kampagne des Jüdischen Weltkongresses gegen ihn die Vorwürfe erhoben, er habe biographische Details über seine NS-Vergangenheit vorsätzlich geheim gehalten sowie bezüglich seines Militärdienstes bei der deutschen Wehrmacht am Balkan gelogen, weil mögliche Enthüllungen seiner Karriere schaden hätten können.<sup>58</sup>

Waldheim bestritt eine Mitgliedschaft in der SA und im NS-Studentenbund zunächst noch vehement.<sup>59</sup> Zeit seines Lebens verneinte er auch die Vorwürfe des Jüdischen Weltkongresses, während seines Kriegsdienstes in keiner Verbindung zu Deportationen oder anderen Kriegsverbrechen gestanden zu sein und versicherte in diesem Zusammenhang ein „reines Gewissen“ und „nichts falsches gemacht“ zu haben.<sup>60</sup> Die unmittelbare Folge der Kampagne gegen Kurt Waldheim war eine Solidarisierung innerhalb der österreichischen Bevölkerung angesichts der massiven Angriffe aus dem Ausland. Doch die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus in Österreich war eben bis zu diesem Zeitpunkt fast exklusiv durch Verdrängung bzw. durch Vergessen geprägt gewesen und so verwundert es auch kaum, dass die Nachricht über eine mögliche SA-Vergangenheit Waldheims in der Bevölkerung zunächst kollektiv mit Unglauben und Entrüstung aufgenommen wurde.

Die SPÖ war hilflos und angesichts ihrer eigenen ambivalenten Haltung zur NS-Zeit vor und während der Kreisky-Ära unglaubwürdig und so wurde Waldheim – allen nationalen und internationalen Kritikern zum Trotz – im Frühsommer des Jahres 1986 zum ersten ÖVP-Bundespräsidenten seit 1945 gewählt. Unmittelbar nach der Wahl trat Fred Sinowatz als SPÖ-Bundeskanzler zurück, womit allerdings weder die innerösterreichische noch die internationale Dynamik, die die Debatte um Waldheims NS-Vergangenheit ausgelöst hatte, eingedämmt werden konnte. So sollten Österreich, aber auch Sinowatz und Waldheim persönlich von den politischen Auswirkungen der Affäre noch jahrelang verfolgt werden. Obwohl die von der Bundesregierung im Zuge der Aufarbeitung der Causa Waldheim eingesetzte internationale Historikerkommission im Februar 1988 bekannt gab, Waldheim sei selbst in keine Kriegsverbrechen involviert gewesen, galt gegen den Privatmann Kurt Waldheim bis zu seinem Tod am 14. Juni 2007

---

<sup>57</sup> Lendvai, *Mein Österreich*, S. 209.

<sup>58</sup> Harold H. Tittmann III, *The Waldheim Affair. Democracy Subverted*, Dunkirk 2000, S. 87.

<sup>59</sup> Peter Michael Lingens, „Ich weiss, dass es unwahrscheinlich klingt“, Interview mit Kurt Waldheim, in: *Profil* 11 (1986), S. 13–15.

<sup>60</sup> Herzstein, *Waldheim*, S. 258.

ein Einreiseverbot in die USA. Erst in seinem, einen Tag nach seinem Tod am 15. Juni 2007 veröffentlichten, Vermächtnis sollte er sein tiefes Bedauern darüber aussprechen „viel zu spät umfassend und unmissverständlich zu den NS-Verbrechen Stellung genommen“ zu haben.<sup>61</sup>

### **Analyse von in *Profil* veröffentlichten Artikeln**

Als die „Waldheim-Bombe“ am 3. März 1986 gezündet wurde, waren die politischen und gesellschaftlichen Folgen die die darauffolgende Debatte in Österreich mit sich bringen sollte zwar noch nicht abzusehen, jedoch dürfte den Verantwortlichen in der *Profil*-Redaktion sehr wohl bewusst gewesen sein, dass es sich bei diesem exklusiven Enthüllungsskandal über die dunkle Vergangenheit des Präsidentschaftskandidaten und ehemaligen UN-Generalsekretär Waldheim im Wahlkampfbjahr 1986 um reines „journalistisches Gold“ handelte. Unter der Regie von Redakteur Hubertus Czernin sollten in der Zeitschrift daraufhin im Wochentakt Waldheims Kriegsjahre dargestellt werden und erst in weiterer Folge stiegen auch die internationalen Medien sowie der Jüdische Weltkongress in die Debatte ein.<sup>62</sup> Nach und nach wurden die Schlagzeilen und auch die Berichterstattung – zumindest oberflächlich – immer provokanter. So ist auf der Titelseite der am 7. April 1986 erschienenen *Profil*-Ausgabe die Karikatur eines typisch österreichischen Mannes abgebildet, der mit erhobenen Augenbrauen in einen Spiegel blickt und das Spiegelbild – in Gestalt Adolf Hitlers – blickt grimmig zurück. Darüber steht in rot-weiß-roten Lettern der Titel „Der hässliche Österreicher“ und ebenfalls noch auf der Titelseite wird auf einen weiteren Beitrag im Heft mit dem Titel „Die Buhmänner vom Jüdischen Weltkongress“ hingewiesen.<sup>63</sup>

Man kann wohl durchaus behaupten, dass die Einmischung des Jüdischen Weltkongresses in Form eines – in seinem Tonfall äußerst provokanten<sup>64</sup> – Interviews<sup>65</sup> mit dessen Generalsekretär, Israel Singer und Executive Director, Elan Steinberg, zu einer allgemeinen Polemisierung der Mediendebatte führte. Schon in der darauffolgenden Woche stellte der *Profil*-Journalist Peter Michael Lingens in einem Artikel<sup>66</sup> beinahe trotzig klar, „dass es nicht darum geht, ob Kurt Waldheim ein Kriegsverbrecher ist, sondern es geht nach wie vor nur um seine Glaubwürdigkeit“ und bezichtigte den Jüdischen Weltkongress „eines inakzeptablen Tons sowie der Verwendung schwachen Materials und dem Ziehen übertriebener Schlüsse daraus“. Die Vorwürfe Singers und Steinbergs bezeichnete er als „unqualifiziert“ und „voreingenommen“. Trotz des Getöses

<sup>61</sup> Lendvai, *Mein Österreich*, S. 211 f.

<sup>62</sup> Siegfried Göllner, *Die politischen Diskurse zu „Entnazifizierung“, „Causa Waldheim“ und „EU-Sanktionen“*. Opfernarrative und Geschichtsbilder in Nationalratsdebatten (Studien zu Zeitgeschichte 72), Hamburg 2009, S. 253.

<sup>63</sup> *Profil* 15 (1986).

<sup>64</sup> Lendvai, *Mein Österreich*, S. 210.

<sup>65</sup> Sichrovsky, Interview mit Israel Singer und Elan Steinberg, S. 24–26.

<sup>66</sup> Peter Michael Lingens, „Ein Präsident, dem die Welt misstraut“, in: *Profil* 14 (1986), S. 16–18.

und der Echauffiertheit sollte Lingens den RezipientInnen gegen Ende des Textes jedoch noch eine erstaunlich differenzierte Darstellung der tatsächlichen Problematik liefern: „Denn es ist durchaus legitim, wenn man von einem Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten fordert, den Widerspruch aufzuklären, der zwischen seiner Mitgliedschaft bei diversen NS-Organisationen und seiner Selbstdarstellung in Büchern und Interviews besteht. Und es wäre natürlich legitim, auch seine möglichen Verstrickungen in Greuelthaten während des Zweiten Weltkriegs zu diskutieren. In jedem anderen Land würde eine solche Konfrontation nicht als ‚Schmutzwäsche‘ oder als ein ‚Aufreißen von Gräben‘ diffamiert, sondern wäre eine selbstverständliche, wichtige und notwendige politische Diskussion.“<sup>67</sup>

Verstrickungen in argumentative Widersprüche waren in der, über weite Teile durchaus sehr emotional geführten, medialen Debatte keine Seltenheit. Dieses Phänomen kann jedoch nicht zuletzt durch den eklatanten Widerspruch zwischen der – bis dahin fest verankerten – Selbstauffassung Österreichs als Opfer und der historischen Realität, insbesondere hinsichtlich der Leugnung einer breiten Zustimmung zum Anschluss, der Identifikation mit der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg sowie der „generellen Virulenz“ eines aggressiven Antisemitismus, erklärt werden.<sup>68</sup>

Auch in dem Interview mit Waldheim, das in der ersten Ausgabe – also genau eine Woche – nach Bekanntwerden der Vorwürfe gegen seine Person am 10. März 1986 veröffentlicht wurde verabsäumte es der dafür zuständige Journalist Peter Michael Lingens nicht, zu betonen, „dass wir [schon die Verwendung des Plural ist hier durchaus bemerkenswert, Anm.] uns nicht mit den, vom Jüdischen Weltkongress erhobenen Vorwürfen identifizieren“ und weiter „dass wir auch nicht an Ihre [Waldheims, Anm.] persönliche Schuld glauben“.<sup>69</sup> Doch grundsätzlich sollte man sich vom generellen Tenor und der Widersprüchlichkeit der Schlagzeilen nicht täuschen lassen. Neben diesen eindeutigen Sympathiebekundungen gab es auch einzelne, durch und durch Waldheim- bzw. österreichkritische, Artikel, deren Autoren der politischen Realität offensichtlich schon um ein paar Jahre voraus waren.<sup>70</sup>

Im Kontext der Auswirkungen dieser Einmischung des Jüdischen Weltkongresses in die Debatte ist noch zu erwähnen, dass *Profil* in einer der letzten, vom Autor dieser Arbeit behandelten, Ausgaben zum Thema Waldheim-Affäre am 14. April 1986 einen Leserbrief Bruno Kreiskys veröffentlichte, in dem der Altkanzler kritisierte, dass sich „der World Jewish Congress auf eine derart konkrete Weise in den Wahlkampf einmischte“. Weiter führte er aus, dass es von *Profil* „nicht sehr klug war, angesichts dieser Situation das Interview mit den beiden Herren des World Jewish Congress zu bringen“

---

<sup>67</sup> Lingens, „Ein Präsident, dem die Welt misstraut“, S. 18.

<sup>68</sup> Uhl, Das „erste Opfer“, S. 34.

<sup>69</sup> Lingens, Interview mit Kurt Waldheim, S. 15.

<sup>70</sup> Hans Rauscher, „Zurück in den Provinzialismus“, in: *Profil* 14 (1986), S. 28–29.

und dass er sich persönlich in einem Zustand „höchster Erregung“ befunden habe als er es las.<sup>71</sup>

Ein Zustand *höchster Erregung*. Treffender könnte man auch die Stimmung dieser, so heftig geführten, medialen Debatte im Zuge der *Profil*-Berichterstattung über die Causa-Waldheim kaum zusammenfassen.

### *Unmittelbare Reaktionen der Presse*

Das weltumfassende Medienecho auf die *Profil*-Berichterstattung war beachtlich,<sup>72</sup> doch auch auf nationaler Ebene überschlugen sich die österreichischen Printmedien mit den Veröffentlichungen unzähliger Artikel rund um die Waldheim-Affäre. Im Folgenden soll an Hand von ausgewählten Zeitungsartikeln der Tageszeitungen *Die Presse* und *Tiroler Tageszeitung* aus dem betreffenden Zeitraum versucht werden, das mediale Reaktionsschema innerhalb Österreichs vereinfacht zu skizzieren und zusammenzufassen.

Die bereits mehrfach erwähnten Solidarisierungseffekte in breiten Teilen der Öffentlichkeit in Reaktion auf die, in Österreich als Attacke auf Waldheim wahrgenommene, internationale Berichterstattung war jedoch auch zu einem großen Teil bedingt durch die Überzeichnung der diversen Kommentare als „Angriffe von außen“ durch die meisten Medien. So kann überhaupt nur bei den Beiträgen der Tageszeitung *Salzburger Nachrichten* sowie des Nachrichtenmagazins *Profil* von einer seriösen journalistischen Darstellung gesprochen werden, zahlreiche andere Medien gingen auf berechtigte Kritik gar nicht ein bzw. stellten diese undifferenziert dar und griffen vor allem die unhaltbaren Vorwürfe gegen Waldheim auf, um diese als unseriös darzustellen.<sup>73</sup>

Während am 4. März 1986 die aller erste Reaktion der Tageszeitung *Die Presse* auf die – einen Tag zuvor von *Profil* veröffentlichte – Waldheim-Story in einem knappen und noch sehr nüchternen „Eigenbericht“ im Wesentlichen die ersten politischen Reaktionen von Vertretern der SPÖ und der ÖVP wiedergab,<sup>74</sup> war schon zwei Tage später auf der Titelseite von einem „Kesseltreiben gegen Kurt Waldheim“ die Rede.<sup>75</sup> Spätestens nach Erscheinen des Interviews mit Singer und Steinberg am 24. März war es um die relative Nüchternheit der *Presse* – sowie auch der meisten anderen heimischen Medien – jedoch endgültig geschehen. So sollte *Die Presse* in ihrer Ausgabe vom 25. März dem Thema insgesamt gleich vier Artikel<sup>76</sup> (drei davon auf der Titelseite, Anm.) widmen, in denen dazu, direkt oder indirect, doch recht eindeutig Stellung bezogen wurde. Die abgedruckten Wortmeldungen in diesen Beiträgen – sie reichen von Simon Wiesentals

<sup>71</sup> Leserbrief Bruno Kreiskys, in: *Profil* 16 (1986), S.4–5.

<sup>72</sup> Lendvai, *Mein Österreich*, S. 214.

<sup>73</sup> Göllner, *Die politischen Diskurse*, S. 257.

<sup>74</sup> *Die Presse*, 4.3.1986.

<sup>75</sup> *Die Presse*, 6.3.1986.

<sup>76</sup> *Die Presse*, 25.3.1986.

Zweifel an einer Schuld Waldheims, über Bruno Kreiskys Aussage „die Attacken des Jüdischen Weltkongresses seien eine ungeheuerliche Niedertracht“, bis hin zu einem Kommentar des damaligen ÖVP-Obmannes Alois Mock, in dem er von einer „Menschenjagd und Diffamierungskampagne gegen Kurt Waldheim“ spricht – haben allesamt zwei Dinge gemeinsam: Sie richten sich direkt gegen die Aussagen des Jüdischen Weltkongresses und entsprechen damit alle mehr oder weniger exakt dem oben dargestellten Solidarisierungsmuster, dem eben, spätestens mit der Kontroverse um diese Aussagen, auch die meisten nationalen Medien erlegen waren. Doch neben diesen Wortmeldungen ist in dieser spezifischen Ausgabe der *Presse* vom 25. März auch ein – ebenfalls auf der Titelseite abgedruckter – Kommentar ihrer damaligen Herausgeberin Ilse Leitenberger erwähnenswert, in dem sie kritisierte:

„dass die Österreichische Regierung [Die sogenannte ‚Kleine Koalition‘ mit der FPÖ unter SPÖ-Bundeskanzler Fred Sinowatz, Anm.<sup>77</sup>] mit diebischer Freude jenen zusah und zuhörte die sich bereits zuvor und mit durchaus eindeutigen Motiven zur ‚Demontierung‘ Kurt Waldheims anboten“ und „dass sich eine Organisation jenseits des Atlantik anmaßt, die Zweite Republik vor einem ‚Unwürdigen‘, einem ‚Lügner‘ schützen zu müssen“.<sup>78</sup>

Auch die *Tiroler Tageszeitung*, die interessanter Weise im Zeitraum zwischen dem 4. März und dem 25. April des Jahres 1986 kein einziges Mal auf Ihrer Titelseite über die Waldheim-Affäre berichtete, folgte einem ähnlichen Handlungs- und Argumentationsmuster wie *Die Presse*. Während die Reaktion auf die Affäre in der ersten Ausgabe unmittelbar nach Bekanntwerden noch sehr knapp und verhalten ausfiel,<sup>79</sup> sollte die mediale Debatte rund um die Causa Waldheim auch in der westösterreichischen Tageszeitung sehr schnell an Dynamik gewinnen. So war etwa in einem Artikel der Ausgabe vom 5. März 1986 schon von einer „un glaublichen Attacke gegen Waldheim“ die Rede, der von einer „US-Zeitung mit Kriegsverbrechen in Verbindung gebracht wurde“.<sup>80</sup> Bemerkenswert ist hier vor allem, dass die *Tiroler Tageszeitung* offensichtlich schon derart früh versuchte die Vorwürfe gegen Waldheim als Einmischung von außen darzustellen. Dies ließe darauf schließen, dass der Solidarisierungsprozess mit Kurt Waldheim in Tirol (oder zumindest in der Redaktion der *Tiroler Tageszeitung*) noch vor Veröffentlichung des – für diesen Prozess maßgeblich mitverantwortlichen – Singer/Steinberg-Interviews am 24. März in vollem Gange bzw. sogar schon abgeschlossen war.

Trotzdem sollte sich in Reaktion auf besagtes Interview – bzw. die darin geäußerten Forderungen und Anschuldigungen Singers und Steinbergs – auch in der Berichter-

---

<sup>77</sup> Lendvai, *Mein Österreich*, S. 203.

<sup>78</sup> Ilse Leitenberger, Ohne Beispiel, in: *Die Presse*, 25.3.1986, S. 1.

<sup>79</sup> *Tiroler Tageszeitung*, 4.3.1986.

<sup>80</sup> *Tiroler Tageszeitung*, 5.3.1986.

stattung der *Tiroler Tageszeitung* ein regelrechter Sturm der Entrüstung und der Solidarisierung mit Waldheim entladen. So wurde in der Ausgabe vom 25. März, neben einem Artikel in dem die schon weiter oben in diesem Kapitel genannten Aussagen Bruno Kreiskys und Simon Wiesentals weitestgehend sinngemäß rezipiert wurden,<sup>81</sup> auch hier ein Kommentar von einem der honorigsten Journalisten des Hauses, dem damaligen Leiter des Wien-Büros und späteren Chefredakteurs der Austria Presse Agentur Josef A. Nowak, veröffentlicht. Darin polterte Nowak „dass die bisherigen Enthüllungen des Jüdischen Weltkongresses gegen Waldheim nicht einmal den Hauch eines Vorwurfs gegen den ehemaligen österreichischen Außenminister rechtfertigen“ und erkannte in den „in einer unter zivilisierten Menschen unüblichen Tonlage“ formulierten Erklärungen „Hochmut“ und „Hass“.<sup>82</sup>

Es ist also durchaus ein vergleichbares Muster in Form und Funktion der Berichterstattung der beiden, für diese Arbeit untersuchten, Tageszeitungen zu erkennen. Die Affäre schwappte de facto in mehreren aufeinanderfolgenden Wellen über die Medienlandschaft und sollte zunächst vor allem eine breit gefächerte, mediale und gesellschaftliche Solidarisierung mit der Person Kurt Waldheim zur Folge haben. Maßgeblich, jedoch nicht ausschließlich, für diesen Solidarisierungsprozess verantwortlich dürfte die Polemisierung der Debatte nach der „Einmischung“ des Jüdischen Weltkongresses gewesen sein, durch die schlussendlich der inhaltliche Nährstoff für die darauffolgende – und erfolgreiche – „Wir Österreicher Wählen, wen wir wollen“-Kampagne der ÖVP bereitgestellt wurde.<sup>83</sup>

### ***Auswirkungen auf das kollektive österreichische Gedächtnis***

Ihre entscheidende Rolle für die Transformation des Opfermythos konnte die Waldheim-Affäre wohl nur auf Grund des weltweiten Interesses erreichen, welches durch die generelle Entwicklung in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der westlichen Hemisphäre – die in Österreich erst mit Verspätung nachvollzogen wurde – sowie durch die unmittelbare Verwicklung einer international bekannten Person, dem ehemaligen UN-Generalsekretär Waldheim, bedingt war. Diese erhöhte Sensibilität der internationalen Gemeinschaft – allen voran der USA – im Bereich der Holocaust-Perzeption seit Ende der 1970er Jahre war in Österreich zunächst noch völlig unterschätzt bzw. gar nicht beachtet worden. Auf Grund der jahrzehntelangen Etablierung der Opferthese als offizielles Staatsnarrativ kam es für viele ÖsterreicherInnen zu diesem Zeitpunkt schlichtweg überraschend, auf einmal nicht mehr als Opfer-, sondern als Tätergesellschaft wahrgenommen zu werden. So sollte es zuerst eines Generationen-

<sup>81</sup> *Tiroler Tageszeitung*, 25.3.1986.

<sup>82</sup> Josef A. Nowak, Thema des Tages. Die Drohungen aus New York, in: *Tiroler Tageszeitung*, 25.3.1986, S. 2.

<sup>83</sup> Lendvai, Mein Österreich, S. 210 f.

wechsels bei den politischen Eliten benötigen, der in den 1980er Jahren vollzogen wurde und durch den die Generation der in der Zwischenkriegszeit geborenen von den Kriegs- und Nachkriegskindern bzw. ihren Enkelkindern abgelöst wurde.<sup>84</sup>

Doch auch bei dieser neuen Generation von österreichischen BürgerInnen und politischen EntscheidungsträgerInnen sollte es erst Schritt für Schritt zu einem nachhaltigen Umdenken bezüglich der eigenen Vergangenheit und damit zu einer Assimilation des österreichischen Gedächtnisses kommen. Im Jahr 1991 wurde das jahrzehntelange Tabu des Schweigens schließlich durch eine Parlamentsrede des damaligen Bundeskanzlers Franz Vranitzky gebrochen, in der er Österreich erstmals öffentlich von der Opfer- in die Täterrolle verwies und die Beteiligung und Mitverantwortung der österreichischen Bevölkerung an den Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes betonte.<sup>85</sup> Folglich sollte sich auch das Interesse einer jungen Generation von HistorikerInnen auf neue Fragestellungen richten und so erhielten vor allem auch jenen Themen, die zuvor zu den „blinden Flecken“ und „Tabus“ des österreichischen Geschichtsverständnisses zählten, immer mehr Aufmerksamkeit. Aber auch auf der Ebene des politischen Diskurses lassen die Aussagen von führenden Repräsentanten der Republik in der weiteren Folge mehr und mehr auf eine Erosion der Argumentation im Sinn der Opferthese bzw. auf ihre Modifikation durch die sogenannte „Mitverantwortungsthese“ schließen. Diese „Mitverantwortungsthese“ kristallisierte sich in den Jahren zwischen 1988 und dem Ende der großen Koalition im Jahr 2000 als neuer Grundkonsens des offiziellen Österreich heraus und sollte endlich auch eine selbstkritische Distanz zum bisherigen Umgang mit der österreichischen Vergangenheit einschließen.<sup>86</sup>

Die internationale Kontroverse um die Kriegsvergangenheit von Kurt Waldheim hat also in Österreich auf besondere Art und Weise tiefgreifende Diskussionen und letztlich auch Veränderungen des historisch-politischen Bewusstseins herbeigeführt.<sup>87</sup> Erst durch diesen Fall wurde Österreich wirklich mit seiner NS-Vergangenheit konfrontiert. Damit löste die Waldheim-Debatte einen Bruch des tradierten Geschichtsbildes aus, eröffnete veränderte Sichtweisen auf die nationalsozialistische Vergangenheit Österreichs und leitete insbesondere auch einen Paradigmenwechsel in der Geschichtswissenschaft ein. Erstmals wurde die Frage nach der Rolle Österreichs beim Zustandekommen und Funktionieren des Nationalsozialismus in den Mittelpunkt gerückt, denn bis dahin hatte sich auch die Zeitgeschichtsforschung im Hinblick auf den Zeitraum 1938–1945

---

<sup>84</sup> Göllner, Die politischen Diskurse, S. 249 f.

<sup>85</sup> Hannah M. Lessing, Wiedergutmachung in Österreich. Von der Unterlassung zur symbolischen Geste, in: Die Lebendigkeit der Geschichte. (Dis-)Kontinuitäten in Diskursen über den Nationalsozialismus (Österreichische und Internationale Literaturprozesse 13), hrsg. v. Eleonore Lappin/Bernhard Schneider, St. Ingbert 2001, S. 395–407, hier S. 395.

<sup>86</sup> Uhl, Das „erste Opfer“, S. 43.

<sup>87</sup> Neugebauer, Zur Problematik der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Österreich, S. 113.

weitgehend nur auf Untersuchungen zum Thema „Widerstand und Verfolgung“ konzentriert.<sup>88</sup>

### **Conclusio**

Die Evolution der österreichischen Identität verlief also ähnlich turbulent, wie die des österreichischen Staatsgebietes selbst. So sollte auch die Vielschichtigkeit des Österreichbegriffs und damit auch die Ambivalenz des kulturellen Selbstverständnisses und des kollektiven Gedächtnisses grundsätzlich immer im Zusammenhang mit den jeweils vorherrschenden, historischen Rahmenbedingungen und den sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Denk- und Interpretationsmustern betrachtet werden. Dies ermöglicht nicht zuletzt ein besseres Verständnis gewisser, aus heutiger Sicht teilweise nur mehr schwer nachvollziehbarer Phänomene wie beispielsweise die – durch Vergessen und Verdrängen gekennzeichnete – Erinnerungskultur im Österreich der Nachkriegszeit, oder eben die derart feste und nachhaltige Verankerung der Opferthese im österreichischen Selbstverständnis. So kann im allgemeinen davon ausgegangen werden, dass das Vertreten der Opfertheorie zunächst vor allem deshalb so viel Anklang fand, weil es die bequemste Antwort auf unangenehme Fragen zur eigenen Mitschuld war und sich die, durch die enorme Wucht und Zerstörungskraft des Zweiten Weltkrieges in ihren Grundfesten erschütterte, österreichische Gesellschaft in der unmittelbaren Nachkriegszeit und der Phase des Wiederaufbaus mit elementareren Fragen zu beschäftigen hatte, als jenen nach der eigenen Vergangenheit. Für ein dermaßen hartnäckiges Beharren auf der eigenen Opferrolle, der offizielle Bruch damit erfolgte immerhin erst 46 Jahre nach Kriegsende, müssen jedoch vor allem Versäumnisse auf politischer Ebene verantwortlich gemacht werden, denn spätestens als in Deutschland das größte Chaos nach dem Krieg beseitigt war und man sich dort in den frühen 1960er Jahren an die Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit machte, hätte auch in Österreich ein derartiger Prozess beginnen können bzw. müssen.

Bei den meisten gegenwärtigen geschichtswissenschaftlichen Diskursen zur Thematik des kollektiven Gedächtnisses und der kulturellen Identität in der Zweiten Republik kann man als HistorikerIn grundsätzlich davon ausgehen – früher oder später – mit dem Opfermythos konfrontiert zu werden. Doch das erstarrte Festhalten an dieser „Lebenslüge“, die über mehrere Jahrzehnte als mehrheitlicher Konsens innerhalb der österreichischen Gesellschaft etabliert und auch weitestgehend anerkannt wurde, bildet durchaus einen bemerkenswerten elementaren Baustein der nationalen Erinnerungskultur in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg und sollte somit in diesem Kontext auch von größtem Interesse sein.

---

<sup>88</sup> Uhl, Das „erste Opfer“, S. 42.

Angesichts des breiten, in nahezu allen Bereichen der österreichischen Gesellschaft anerkannten, Konsenses über die Opferrolle der österreichischen Bevölkerung unter der nationalsozialistischen Fremdherrschaft, erscheinen der Bruch mit dieser Opfertheorie und vor allem die Ursachen und langfristigen Folgen dieses Umdenkens in einem geschichtspolitischen Kontext jedoch mindestens genauso bemerkenswert wie die Tatsache, dass sich ein so verzerrtes Geschichtsbild überhaupt als derart identifikationsfähig erweisen konnte. Die im Zuge der Debatten rund um die Waldheim-Affäre erfolgte Kehrtwende – von der durch und durch etablierten „Opferthese“ hin zur sogenannten „Mitverantwortungsthese“ – bedeutete somit eine eklatante Zäsur in der österreichischen Erinnerungskultur und kann grundsätzlich als einer der dramatischsten Einschnitte im kollektiven Gedächtnis der Zweiten Republik gesehen werden.

Dass Medien eine wichtige Rolle bei der Vermittlung und Verbreitung historischen (Un-)Wissens spielen ist, gerade im Zusammenhang mit der österreichischen Opferthese sowie der Causa-Waldheim, prinzipiell nicht zu bestreiten. Es ist jedoch unerlässlich sich bei der Untersuchung dieser Bedeutung bzw. der konkreten Zielsetzungen und Auswirkungen medialer Berichterstattung stets vor Augen zu halten, dass Medien grundsätzlich immer an einen vorgegeben – politisch oder gesellschaftlich etablierten – kulturellen Interpretationsrahmen gebunden sind. Im Hinblick auf die doch sehr wechselseitige Beeinflussung zwischen Medien, Gesellschaft und Politik sollte die Rolle der Medien beim Formen des kollektiven Gedächtnisses in demokratischen Gesellschaften somit auch nicht überbewertet werden. Durch intensive manipulative Berichterstattung und bzw. oder als Initiator gesellschaftlicher Debatten sowie diskursiver Prozesse im wissenschaftlichen Umfeld können Medien jedoch durchaus oft als ein wesentlicher, animierender Faktor beim (Um-)Formen des kollektiven Gedächtnisses und somit auch bei Veränderungen in der Erinnerungskultur einer Gemeinschaft betrachtet werden.

Das Nachrichtenmagazin *Profil*, durch dessen Berichterstattung die Waldheim-Affäre erst ins Rollen kam, fungierte in seiner Funktion als Aufdecker des Skandals vor allem als Initiator bzw. Urheber der darauffolgenden öffentlichen Debatte um Österreichs Mitverantwortung am Nationalsozialismus. Auch wenn die unmittelbaren Auswirkungen der *Profil*-Berichterstattung über die Waldheim-Affäre auf das kollektive Gedächtnis in Österreich signifikant gewesen sind, hatte sie zunächst alles andere als eine ernsthafte Hinterfragung der eigenen Vergangenheit in der Zeit des Nationalsozialismus zur Folge. Im Gegenteil: Es kam zu einer vollen Solidarisierung von breiten Teilen der Bevölkerung mit der Person Kurt Waldheim sowie der von ihm dargestellten Version der Geschichte, was zunächst sogar zu einer weiteren Verhärtung der Positionen in Sachen Schuldfrage bzw. Mitverantwortung führen sollte. Man hatte die Rolle des Opfers anscheinend dermaßen verinnerlicht, dass man sich als erste Reaktion auf diesen Skandal erneut geradewegs in diese Rolle – diesmal als Opfer einer beiseitspielenden Diffamierungs-

kampagne des Jüdischen Weltkongresses und der internationalen Staatengemeinschaft – flüchtete. Erst die eindringliche Mediendebatte auf nationaler wie internationaler Ebene sollte nach und nach zu einer Neuordnung der kollektiven Erinnerung führen und selbst dieser Prozess sollte sich bis zu einem offiziellen Bekenntnis zur „Mitverantwortungsthe“ im Jahr 1991 noch mehrere Jahre hinziehen.

Die beachtliche Solidarisierung mit Waldheim als unmittelbare Reaktion auf die ersten Veröffentlichungen von belastenden Dokumenten zeigt sich deutlich in den für diese Arbeit untersuchten Tageszeitungen. Auch die Erkenntnis, dass das Interview mit den Vertretern des Jüdischen Weltkongresses die Debatte zunehmend polemisierte und zu einem noch engeren Zusammenrücken der Unterstützer Waldheims führte, lässt sich anhand des bearbeiteten journalistischen Quellenmaterials klar nachvollziehen. Des Weiteren muss auf Grund der Tatsache, dass sowohl die *Tiroler Tageszeitung* als auch *Die Presse* in Reaktion auf das Interview mit Singer und Steinberg Kommentare hochrangiger Redaktionsmitarbeiter veröffentlichten, bei denen es sich im Wesentlichen um eindeutige Sympathiebekundungen für Kurt Waldheim handelte, davon ausgegangen werden, dass diese Tageszeitungen sich nicht nur selbst klar mit Waldheim solidarisierten, sondern dieser Position auch innerhalb ihrer jeweiligen Leserschaft zu breiterem Anklang verhelfen wollten bzw. auch verholfen haben. Inwieweit die regelrechte „Pro-Waldheim-Kampagne“ der Medien allerdings tatsächlich die Bevölkerung in ihren Ansichten beeinflusste oder ob es sogar umgekehrt war und diese Berichte ohnehin nur den generellen Zeitgeist der damaligen Gesellschaft widerspiegelten, kann anhand des vorliegenden Quellenmaterials nicht eindeutig geklärt werden. Vielmehr ist daher von einem Wechselspiel zwischen politisch motivierter – und finanzierter – Berichterstattung und der prinzipiellen, in den vorangegangenen Jahrzehnten etablierten, Abwehrhaltung gegenüber jeglichen Konfrontationen mit der eigenen Vergangenheit und damit einem erstarrten Beharren auf der eigenen Opferrolle auf Seiten der Bevölkerung auszugehen.

Abschließend ist zudem festzuhalten, dass das unausweichliche böse Erwachen aus diesem Traum eines Österreichs bzw. einer österreichischen Gesellschaft frei von Schuld und Verantwortung, durch die Solidarisierung der Bevölkerung und die daraus resultierende Wahl Waldheims zum Bundespräsidenten tatsächlich noch ein paar Jahre hinausgezögert werden konnte. Dabei ist vor allem bemerkenswert, dass der Skandal rund um die Kriegsvergangenheit des eigenen Spitzenkandidaten der ÖVP im Präsidentschaftswahlkampf augenscheinlich mehr Nutzen brachte als der SPÖ, was durchaus auf ein gewisses, befremdliches Selbstverständnis vieler ÖsterreicherInnen zur damaligen Zeit schließen lässt.

„Die Gesellschaft lebt nur von Illusionen. Jede Gesellschaft ist eine Art kollektiven Traums. Diese Illusionen werden gefährliche Illusionen, wenn sie

anfangen nicht mehr zu täuschen. Das Erwachen aus dieser Art Traum ist ein Alpdrücken.<sup>89</sup>

– Paul Valéry

## Literatur

Bratic, Ljubomir, Diskursive Interventionen. Zum Kampf um eine adäquate antinationale Positionierung, in: rebranding images. Ein Streitbares Lesebuch zu Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in Österreich, hrsg. v. Martin Wassermair/Katharina Wegan, Innsbruck 2006, S. 21–26.

Bruckmüller, Ernst, Die Entwicklung des Österreichbewusstseins, in: [<http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/bruckmueller.pdf>], eingesehen: 26.05.2013, auch verfügbar in: Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Der Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen, hrsg. v. Robert Kriechbaumer, Wien-Köln-Weimar 1998, S. 369–396.

Göllner, Siegfried, Die politischen Diskurse zu „Entnazifizierung“, „Causa Waldheim“ und „EU-Sanktionen“. Opfernarrative und Geschichtsbilder in Nationalratsdebatten (Studien zu Zeitgeschichte 72), Hamburg 2009.

Herzstein, Robert Edwin, Waldheim. The Missing Years, London 1988.

Judt, Tony, The Past Is Another Country. Myth and Memory in Postwar Europe, in: *Daedalus* 121 (1992), Nr. 4, S. 83–118.

Kuretsidis-Haider, Claudia, Verdrängte Schuld – vergessene Ahndung. NS-Prozesse in Österreich, in: Die Lebendigkeit der Geschichte. (Dis-)Kontinuitäten in Diskursen über den Nationalsozialismus (Österreichische und Internationale Literaturprozesse 13), hrsg. v. Eleonore Lappin/Bernhard Schneider, St. Ingbert 2001, S. 91–104.

Leisch, Tina, Öberdösis ÖÖÖ, in: rebranding images. Ein Streitbares Lesebuch zu Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in Österreich, hrsg. v. Martin Wassermair/Katharina Wegan, Innsbruck 2006, S. 27–30.

Lendvai, Paul, Mein Österreich. 50 Jahre hinter den Kulissen der Macht, Salzburg 2007.

Lessing, Hannah M., Wiedergutmachung in Österreich. Von der Unterlassung zur symbolischen Geste, in: Die Lebendigkeit der Geschichte. (Dis-)Kontinuitäten in Diskursen über den Nationalsozialismus (Österreichische und Internationale Literaturprozesse 13), hrsg. v. Eleonore Lappin/Bernhard Schneider, St. Ingbert 2001, S. 395–407.

---

<sup>89</sup> Paul Valéry, Werke, Bd. 5, Frankfurt am Main 1991, S.432.

Liebhart, Karin, Politisches Gedächtnis und Erinnerungskultur – Die Bundesrepublik Deutschland und Österreich im Vergleich, in: Verschiedene europäische Wege im Vergleich. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart, hrsg. v. Michael Gehler/Ingrid Böhler, Innsbruck 2007, S. 468–490.

Marchart, Oliver, Das historisch-politische Gedächtnis. Für eine politische Theorie kollektiver Erinnerung, in: Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung. Studien zur „Gedächtnisgeschichte“ der Zweiten Republik (Kultur.Wissenschaften 9), hrsg. v. Christian Gerbel/Manfred Lechner/Dagmar C. G. Lorenz/Oliver Marchart/Vrääth Öhner/Ines Steiner/Andrea Strutz, Heidemarie Uhl, Wien 2005, S. 21–49.

Neugebauer, Wolfgang, Zur Problematik der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Österreich, in: Die Lebendigkeit der Geschichte. (Dis-)Kontinuitäten in Diskursen über den Nationalsozialismus (Österreichische und Internationale Literaturprozesse 13), hrsg. v. Eleonore Lappin/Bernhard Schneider, St. Ingbert 2001, S. 105–118.

Öhner, Vrääth, Fernsehen – Geschichte – Gedächtnis. Zur Transformation dokumentarischer Inszenierungsweisen der Historie, in: Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung. Studien zur „Gedächtnisgeschichte“ der Zweiten Republik (Kultur.Wissenschaften 9), hrsg. v. Christian Gerbel/Manfred Lechner/Dagmar C. G. Lorenz/Oliver Marchart/Vrääth Öhner/Ines Steiner/Andrea Strutz, Heidemarie Uhl, Wien 2005, S. 131–157.

Steinbach, Peter, Geschichte im politischen Kampf. Wie historische Argumente die öffentliche Meinung manipulieren, Bonn 2012.

Steininger, Rolf, Der Staatsvertrag. Österreich im Schatten von deutscher Frage und Kaltem Krieg 1938–1955, Innsbruck 2005.

Stephan, Karsten, Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg. Zum Zusammenhang von kollektiver Identität und kollektiver Erinnerung (Nomos Universitätschriften Geschichte 15), Baden-Baden 2006.

Stourzh, Gerald, Erschütterung und Konsolidierung des Österreichbewusstseins. Vom Zusammenbruch der Monarchie zur Zweiten Republik, in: Was heißt Österreich?. Inhalt und Umfang des Österreichbegriffs vom 10. Jahrhundert bis heute (Archiv für Österreichische Geschichte 136), hrsg. v. Richard G. Plaschka/Gerald Stourzh/Jan Paul Niederkorn, Wien<sup>2</sup> 1996, S. 289–311.

Szanya, Anton, Über die Schwierigkeit, zu sagen, was Österreich ist, in: Österreich auf dem Weg zur 3. Republik. Zwischen „Deutschnationalismus“ und „Habsburger-Mythos“ (Kritische Geographie 9), hrsg. v. Österreichische Assoziation Kritischer GeographInnen (ÖAKG)/Volkshochschule Rudolfsheim-Fünfhaus – Bildungszentrum Aktiv/Grüne Bildungswerkstatt, Wien 1992, S. 19–27.

Teichmann, Josef, Das Meer der Geschichten, in: Jenseits des Schlussstrichs. Gedenk-dienst im Diskurs über Österreichs nationalsozialistische Vergangenheit, hrsg. v. Martin Horváth/Anton Legerer/Judith Pfeifer/Stephan Roth, Wien 2002, S. 75–81.

Tittmann, Harold H. III., The Waldheim Affair. Democracy Subverted, Dunkirk 2000.

Uhl, Heidemarie, Das „erste Opfer“. Das österreichische Gedächtnis und seine Transformationen in der Zweiten Republik, in: Die Lebendigkeit der Geschichte. (Dis-)Kontinuitäten in Diskursen über den Nationalsozialismus (Österreichische und Internationale Literaturprozesse 13), hrsg. v. Eleonore Lappin/Bernhard Schneider, St. Ingbert 2001, S. 30–46.

Dies., Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthese. NS-Herrschaft, Krieg und Holocaust im „österreichischen Gedächtnis“, in: Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung. Studien zur „Gedächtnisgeschichte“ der Zweiten Republik (Kultur.Wissenschaften 9), hrsg. v. Christian Gerbel/Manfred Lechner/Dagmar C. G. Lorenz/Oliver Marchart/Vrääth Öhner/Ines Steiner/Andrea Strutz, Heidemarie Uhl, Wien 2005, S. 50–85.

Valéry, Paul, Werke, Bd. 5, Frankfurt am Main 1991.

Wassermair, Martin, Heimat. Wirkung und Nebenwirkungen in Medien und Politik, in: rebranding images. Ein Streitbares Lesebuch zu Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in Österreich, hrsg. v. Martin Wassermair/Katharina Wegan, Innsbruck 2006, S. 131–137.

Wegan, Katharina, Das Bildgedächtnis des Staatsvertrags. Die Langlebigkeit eines historischen Moments, in: rebranding images. Ein Streitbares Lesebuch zu Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in Österreich, hrsg. v. Martin Wassermair/Katharina Wegan, Innsbruck 2006, S. 61–68.

Ziegler, Meinrad, Gedächtnis und Geschichte, in: Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit (Böhlaus Zeitgeschichtliche Bibliothek 25), hrsg. v. Meinrad Ziegler/Waltraud Kannonier-Finster, Wien-Köln-Weimar 1993, S. 27–85.

Zöllner, Erich, Der Österreichbegriff. Formen und Wandlungen in der Geschichte (Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde), Wien 1988.

### **Zeitungen und Zeitschriften**

Czernin, Hubertus, Waldheim und die SA, in: *Profil* 10 (1986), S. 16–20.

*Die Presse*, 25.3.1986, 4.3.1986, 6.3.1986.

Leitenberger, Ilse, „Ohne Beispiel“, in: *Die Presse*, 25.3.1986, S. 1.

Leserbrief Bruno Kreiskys, in: *Profil* 16 (1986), S. 4–5.

Lingens, Peter Michael, „Ein Präsident, dem die Welt misstraut“, in: *Profil* 14 (1986), S. 16–18.

Ders., „Ich weiss, dass es unwahrscheinlich klingt“, Interview mit Kurt Waldheim, in: *Profil* 11 (1986), S. 13–15.

Nowak, Josef A., Thema des Tages. Die Drohungen aus New York, in: *Tiroler Tageszeitung*, 25.3.1986, S. 2.

*Profil* 10 (1986), 15 (1986).

Rauscher, Hans, „Zurück in den Provinzialismus“, in: *Profil* 14 (1986), S. 28–29.

Sichrovsky, Peter, „Soll ein ehemaliger Nazi und Lügner Vertreter Österreichs sein?“, Interview mit Israel Singer und Elan Steinberg, in: *Profil* 13 (1986), S. 24–26.

*Tiroler Tageszeitung*, 25.3.1986, 4.3.1986, 5.3.1986.

**Bernhard Märk** ist Student der Geschichtswissenschaft im 11. Semester an der Universität Innsbruck. [bernhard.maerk@student.uibk.ac.at](mailto:bernhard.maerk@student.uibk.ac.at)

### **Zitation dieses Beitrages**

Bernhard Märk, Zäsuren und (Dis-)Kontinuitäten in der österreichischen Identität. Die Auswirkungen der Waldheim-Affäre auf das kollektive Gedächtnis der Zweiten Republik, in: *historia.scribere* 6 (2014), S. 79–111 [<http://historia.scribere.at>], 2013–2014, eingesehen 1.3.2014 (=aktuelles Datum).



